

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 1 von 41

Rechtsgrundlagen:

Fangen wir einmal früh an!

Die Weimarer Republik: 1919 - 1933

Die WR war nichts anderes als eine Putsch Okkupation (gewaltsame in Besitznahme) des Deutschen Reiches durch den Adel, den Juden und der SPD.

Die Weimarer Verfassung war ein Diktat der Politiker, die „Verfassung“ wurde nie ratifiziert und nicht vom Volk gewählt, sie wurde einfach nur diktiert.

Eine Verfassung, die nicht vom Volk gewählt wurde ist keine Verfassung.

Da sich das Reich zudem, aufgrund des Waffenstillstands immer noch seit dem 31.07.1914 im Krieg befand, war die Wahl einer neuen Verfassung ohnehin unmöglich.

Rechtsgrundlagen = keine! = Geltendes Recht!

Ein Recht, das nur mit Gewalt durchgesetzt werden kann, ohne Gültigkeit.

Die Gesetze waren Geschäftsbedingungen einer privaten Firma, die lediglich über ein Konkordat mit der röm. kath. Kirche verfügte.

Das 3. Reich Adolf Hitler: 1933 - 1945

Das Gleiche wie die Weimarter Republik, Adolf Hitler wurde vom Vatikan und den Wall- Street Juden finanziert und an die Macht gebracht.

Unterstützt von den Jesuiten des Vatikans, die auch den Größten Teil seines Buches, **Mein Kampf** geschrieben haben sollen.

Das große Wirtschaftswunder wurde durch den Verkauf der Geburtsurkunden der Deutschen an die Weltbank vollbracht.

Also, keine besondere Leistung, Hitler hat nur verkauft was ihm nicht gehört, - das Volk.

Die Übernahme 1933 war ebenfalls nur eine gewaltsame Okkupation, den Gewalt-Okkupanten der Weimarer Republik wurde das gewaltsam okkupierte Kaiserreich durch den Okkupanten 3. Reich gewaltsam abgenommen und weiter besetzt gehalten.

Man kann es auch einfach ausdrücken, eine kriminelle Bande hat der anderen kriminellen Bande durch die Macht des stärkeren, die Beute abgenommen.

Rechtsgrundlagen = keine! = Geltendes Recht!

Ein Recht, das nur mit Gewalt durchgesetzt werden kann, ohne Gültigkeit.

Auch hier, nur eine private Regierungsfirma im Seerecht ohne staatliche Rechte.

Staatliche Rechte kann nur das Volk seinen Verwaltungsangestellten mit einer vom Volk in Freiheit gewählten Verfassung verleihen.

Da das Kaiserreich aber immer noch seit dem 31.07.1914 unter Kriegsrecht stand, waren Wahlen zu einer neuen Verfassung gar nicht möglich.

Es handelte sich wieder nur um eine Lupenreine Diktatur nach röm. kath. Kirchenrecht.

Deshalb kann hier auch niemand mit irgendeiner **Kriegsschuld** kommen und Reparationen verlangen von den Deutschen Völkern. (Alles war vom Vatikan gesteuert.)

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 2 von 41

Wie muss man diese See- Handelsrechtlichen Staatswesen verstehen.

Grundsätzlich sind es alles nur Fiktionen, eingebildete Staatswesen.

Bei so einem See- Handelsrechtlichen Staatswesen handelt es sich grundsätzlich nur um ein Hochsee- Schiff, das auf hoher See ankert und das die Handelsflagge des Schiffs- Eigners trägt, also der Person, die mit der röm. kath. Kirche ein Konkordat für dieses See- Handelsrechtliche Staatswesen geschlossen hat.

Die Person ist der Kapitän dieses Schiffes!

Dadurch ist der Kapitän dann der oberste Herr auf dem Schiff und dem Meeresgrund, der sich unter dem Schiff befindet. (**Grund**-Recht, **Grund**-Gesetz, **Grund**-Buch usw.)

Dies aber nur auf offener See, außerhalb der Schutzgewässer von Staaten auf dem Festland, heute sind das 12 See- Meilen = $12 \times \text{ca. } 1,85 \text{ km} = \text{ca. } 22,2 \text{ km}$ von jedem Festland entfernt.

Innerhalb der Schutzgewässer gilt ausschließlich nur das Recht des Staates, zum dem das Schutzgewässer gehört.

Auf dem Festland haben diese Kapitäne gar keine Rechte, deshalb läuft alles, was diese Kapitäne auf dem Festland anordnen und ausführen unter dem Straftatbestand der kriminellen Piraterie.

Die Kapitäne und ihre Mannschaften (Mitarbeiter) sind nichts weiter als Piraten!!!

Wie bereits gesagt, wir haben es nur mit Fiktionen zu tun, Dinge die wir uns einbilden, dass sie reales Recht wären.

Um diese Täuschung zu manifestieren (fest im Kopf der Menschen zu verankern) wurden deshalb schon vor sehr langer Zeit, weltliche Gesetze erfunden.

Die röm. kath. Kirche hat diese Gesetze dann sehr starkerweitert und verfeinert.

Als erstes hat die röm. kath. Kirche sich dann das Erbe der militärischen Macht Roms erlogen, dann hat sich aufgrund der Abwesenheit Gottes zum Besitzer dieser Welt erklärt. Besitzer – **nicht Eigentümer**, ein sehr großer Unterschied.

Dieser Welt, - **nicht der Erde**, diese Welt ist nur das, was wir wahrnehmen eine Fiktion. Dann wurde die Juristik verfeinert und den Menschen als Gesetze glaubhaft gemacht. Durch Wortspielereien, wurde den Menschen dann glaubhaft gemacht, es wären gute Gesetze, tatsächlich aber dienten alle Gesetze der röm. kath. Kirche nur der völligen Versklavung der Menschheit.

Deshalb kann alles nur im **See- Handelsrecht (Vertragsrecht)** verlaufen, weil diese Kapitäne über keinerlei Rechte auf dem Festland verfügen.

Alle Verträge werden unter Täuschung und Betrug geschlossen, weil die Kapitäne, wie auch die röm. kath. Kirche nicht einmal Verträge ohne Erlaubnis des Staates auf dem Festland schließen darf.

Um überhaupt Verträge schließen zu können, hat die röm. kath. Kirche dann eine jur. PERSON erfunden, für die der Mensch dann durch Täuschung und Betrug die Haftung übernimmt.

Die Juristik entstammt zum Großteil der Kirche, die jur. PERSON wurde übernommen von den Römern, die dieses schon seit langer Zeit praktizierten.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 3 von 41

Auch für die Römer war schon das oberste Gebot, dass sie den freien Willen der Menschen nicht brechen durften.

Um hier keine Irrtümer aufkommen zu lassen, nicht nur in „Deutschland“, dem Deutschen Reich von 1871 ist das so.

Amerika und seine Bundesstaaten wurden schon ab 1871 zu solchen kriminellen Staatsformen umgewandelt, das ging seinerzeit sehr schnell.

Alle 193 UNO- Mitglieder sind seit ihrem Beitritt zur **1942** gegründeten **UNO** solche See- Handelsrechtlichen Staatswesen, die ihre Völker kriminell auspressen. (**Diktaturen**) Viele waren es schon vorher, England, Russland, Frankreich, usw.

Die **Politik** wird für alle von **Israel** und dem **Vatikan**, über die ihr angehörige **CIA** gemacht und überwacht bzw. über die uralten Königlichen Blutlinien.

Das Finanzamt und das Recht auf Steuern wurde erst ab 1913 von Rothschild eingeführt und ist wie alles andere auch, reines privates, diktatorisches Gewalt- Recht.

Es sind versteckte Diktaturen, die sich hinter dem Mantel einer erfundenen, vorgetäuschten Demokratie verstecken.

Man will ja nicht, dass das dumme Volk das mal bemerkt und alle Beteiligten aufhängt.

Alle anderen Diktaturen auf dieser Welt, China, Iran, Saudi-Arabien, Nord-Korea, Kuba usw... stehen offen zu ihrem Diktatorischen Staatsmodell.

Aber weiter mit den Rechten, - BRD- Rechte: 1949 - 1990

Tatsächlich gab es niemals irgendwelche Rechte für die Bundesrepublik Deutschland.

Auch die Alliierten konnten der BRD niemals irgendwelche Rechte verleihen.

Da wurde ein „Bundesrat“ (ein Parlamentarischer Rat) eingesetzt, der niemals gewählt wurde, handverlesen von den privaten Firmen, die sich Alliierte nennen, nach Vorgabe der Talmud- Juden und des Vatikans.

Die private Firma – **Bundesrepublik Deutschland** – wurde in Amerika, in Washington DC als GmbH im Konzernstatus als Aktiengesellschaft und Handelskonzern eingetragen.

Washington DC (**Distrikt of Columbia**) gehört nicht zu den USA, der Eigentümer von Washington DC, der Firma **UNITET STATES INC (Incorporated)** ist der Vatikan, ebenso wie von der City of London in London / England.

Das sind Mini- Staaten wie der Vatikan- Staat.

Auch die Landmassen der Bundesstaaten der USA gehören nicht den Amerikanern, Besitzer ist England, der Besitzer von England ist der Vatikan.

England ist ein Lehen der röm. kath. Kirche, die Königsfamilie ist der Verwalter, der Papst ist der Lehnsherr von England.

So sieht es fast überall in Europa, Amerika, Australien und Teilen von Asien und Afrika aus, seit sich die röm. Kath. Kirche zum Besitzer dieser Welt gemacht hat.

Und hier kommen wir zum größten Ärgernis und Problems des Vatikans.

Überall verfügt der Vatikan auf dem Festland über die Bodenrechte.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 4 von 41

Nur im Deutschen Reich von 1871 nicht, alle Rechte an Grund und Boden gehören den Menschen der 26 deutschen Bundesstaaten. (Auf Ewigkeit garantiert.)
Ebenfalls wurden den Menschen der 26 Bundesstaaten die vollen Menschenrechte auf Ewigkeit durch die röm. kath. Kirche garantiert.

Nur die Deutschen selbst können einen neuen Staat errichten, das aber auch nur, wenn die Deutschen selbst, den alten Staat aufgelöst haben.
Das ist nach Völkerrecht aber erst nach Abschluss der Friedensverträge möglich.
Wobei, auch das Völkerrecht ist nur ein weltlicher Vertrag, kein Deutscher wurde jemals gefragt ob er diesem Vertrag zustimmt.

Deshalb hat man den Deutschen dann ein Grundgesetz vorgesetzt und abgewartet, was nun passiert, laufen die Deutschen dagegen Sturm oder akzeptieren sie es.

Sie haben es akzeptiert!!!

Nun konnte man den nächsten Schritt unternehmen, für alles was noch in Planung war, für zukünftige Plünderungen, Raub von Staats- Eigentum, Versklavung usw. brauchte man die Zustimmung der Deutschen, deshalb wurden dann Parteien und Wahlen vorgetäuscht. Man konnte nie eine Partei wählen, irgendwelche Politiker, es ging immer nur um Zustimmung, dass die Deutschen den kriminellen Machenschaften ihrer kriminellen Politiker zustimmen.

Politik / Politiker ist nur ein anderes, etwas schöneres Wort für Verbrechen / Verbrecher, nichts anderes sind Politiker, es geht immer nur um Lügen, Betrügen, Täuschen, Übervorteilen, eben alles was Berufsverbrecher so auf die Beine stellen.

Deshalb ist Politik auch ein Studienfach, dort wird man ganz speziell ausgebildet und in die Psychologie der Großverbrecher eingeweiht.

Was die Deutschen nie kapiert haben, die Parteien / die Politiker die sie gewählt haben, haben nie irgendetwas mit den Deutschen Völkern zu tun gehabt oder konnten irgendeine Politik für die Deutschen Völker betreiben.

Konrad Adenauer hat es damals sogar ganz direkt gesagt, - wir haben kein Mandat des Deutschen Volkes (Mandat = Auftrag) wir haben Mandat der Alliierten.

Wer im Auftrag einer fremden Macht arbeitet und handelt kann nicht im Namen und für das Deutsche Volk handeln, da es aber um das Volk und deren Besitz geht, brauch man die Zustimmung des Volkes.

Und wer sind die Alliierten???

Wen gehört Washington DC? – Dem Vatikan, der zusammen mit den Talmud- Juden Amerika regiert bzw. durch Marionetten regieren lässt.

Nicht eine dieser Marionetten darf eigene Entscheidungen treffen, sie dürfen nur gehorchen und tun was ihnen befohlen wird.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 5 von 41

Und ebensolche Marionetten finden wir seit Gründung der Verwaltungsfirma BRD, hier bei uns vor.

Die BRD hat einen Verwaltungsauftrag der Alliierten gehabt, sie hatte nie den Auftrag auf deutschem Boden einen neuen Staat zu gründen.

Das war auch gar nicht möglich, der alte Staat, das Deutsche Reich von 1871 existierte immer noch weiter.

Daran konnte auch die erlogene Rechtsnachfolge des 3. Reiches nichts ändern, das 3. Reich war auch nie ein Staat, eine Firma, eine kriminelle Okkupation, sonst nichts.

Im Übrigen wurde das 3. Reich in der Antarktis neu gegründet, zwischen 1938 bis kurz vor Ende des 2. Weltkrieges wurde das 3. Reich in der Arktis neu besiedelt.

Damit war das Deutsche Reich von 1871 wieder frei!

Die BRD kann weder Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches von 1871 sein noch Rechtsnachfolger des 3. Reiches, das bis Kriegsende in die Antarktis verlegt wurde und dort ein originales Völkerrechtssubjekt darstellt.

Auch spricht schon der Firmeneintrag der BRD, in den USA, Washington DC gegen jegliche Rechtsnachfolge auf deutschem Boden.

Selbst wenn es diese Rechtsnachfolge geben sollte oder würde, von was für einer „Rechtsnachfolge“ ist denn hier die Rede, es kann nur die Nachfolge einer kriminellen Firma sein, ein Kapitänswechsel auf einem Hochsee- Schiff, außerhalb der deutschen Schutzgewässer, ohne Boden- und Staatsrechte auf deutschem Boden.

Deshalb wollen diese Kirchen- Kriminellen und die Talmud- Juden den Deutschen doch auch ständig einreden, das 3. Reich wäre ein Staat gewesen.

Dazu auch die Aussage von Schäuble 2011 beim Bankenkongress, seit dem 8. Mai 1945 wäre Deutschland nicht mehr souverän gewesen.

Das stimmt sogar, das Hochsee- Schiff 3. Reich wurde beschlagnahmt von den Alliierten Firmen, dort und nur dort war das 3. Reich jemals souverän.

Besonders merkwürdig ist auch, dass die USA 1947 eine Kriegsflotte mit Flugzeugträger in die Antarktis entsandt haben um das 3. Reich anzugreifen und zu vernichten.

Getarnt als Expedition unter Admiral J. Byrd.

18 Monate wurden für die Vernichtung des 3. Reiches eingeplant, nach nicht einmal 6 Monaten waren die Reste dieser Kriegsflotte zurück.

Der Kampf gegen das 3. Reich hat gerade einmal 20 Minuten gedauert, da hatten Admiral Byrd und seine Kriegsflotte schon so die Jacke vollgehauen bekommen, dass sie voller Panik geflüchtet sind.

Warum greifen die Amis ein 3. Deutsches Reich in der Antarktis an, wenn man dieses 3. Deutsche Reich angeblich bereits besiegt hat und besetzt hält???

Weil sie völkerrechtswidrig mit Lügen und durch Betrug das Deutsche Reich von 1871 besetzt halten. – An krimineller Energie durch nichts zu überbieten!!!

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 6 von 41

Hier sollte sich auch die Frage stellen, warum denn immer wieder neue Konkordate mit der röm. kath. Kirche geschlossen werden müssen.

Jedes Konkordat entspricht einem neuen Hochsee- Schiff auf hoher See, dem auf dem Schiff und dem Meeresgrund darunter eine volle Souveränität durch die röm. kath. Kirche zugesprochen wird.

Das hat mit Souveränität und Rechten auf dem Festland rein gar nichts zu tun!!!

Jedes Mal, wenn so eine private, kriminelle Firma pleite ist und jur. liquidiert wird, wird sofort eine neue Firma mit gleichem Namen gegründet, die dann auch jedes Mal ein neues Konkordat (Vertrag) mit der Kirche schließen muss.

Und jedes Mal leistet die Kirche dazu einen Eid auf das 3. Reich Adolf Hitler.

Der Kardinal Woelki ist schon richtig professionell darin.

01--- BVerfGE 31.07.1973 - (2 BvF 1/73)

Es wird daran festgehalten (vgl. zB. BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5 85 <26>), dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig.

Die BRD ist nicht „Rechtsnachfolger“ des deutschen Reiches. (Kaiserreich)

Die BRD ist mit dem Deutschen Reich identisch. (3. Reich)

Schon 1956 und dann 1973 wurde bestätigt, das Reich habe den Zusammenbruch 1945 überstanden.

Hier finden wir die Täuschung im Satz – **Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland!**

Deutschland ist nicht Germany, das Deutsche Reich von 1871.

Ich war 1975 für mehrere Monate in den USA, Postkarten die mit Deutschland adressiert waren, sind nie angekommen.

Danach habe ich unter die Anschrift West-Germany geschrieben, alle Postkarten und Briefe sind unverzüglich ans Ziel gelangt.

Heute ist mir klar, dass ein fiktives (eingebildetes) Hochsee- Schiff 3. Reich / Deutschland, keine Postanschrift darstellen kann.

Die Formulierung hier ist sehr verwirrend, einmal ist die Rede vom Kaiserreich und dann wird es so dargestellt, als handele es sich um das 3. Reich – Deutschland.

Und die **Ausübung der fremden Staatsgewalt** fand nicht auf deutschem Boden statt, sondern auf dem Hochsee- Schiff 3. Reich – Deutschland.

Denn das 3. Reich besaß kein Hoheitsgebiet und keine Staatsgewalt auf deutschem Boden, ebenso wenig wie die Alliierten.

Wenn von Souveränität und Staat, Staatsrechten, Beamten usw. die Rede ist, geht es immer um ihre fiktiven Hochsee- Schiffe, niemals um Rechte auf dem Festland.

Niemand hat Souveränität oder Staatsrechte auf dem Festland, auch die USA nicht.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 7 von 41

Es gibt heute nur noch einen einzigen echten Staat auf dieser Welt, der auch auf dem Festland über die volle Souveränität und alle Staatsrechte verfügt.

Das Deutsche Reich von 1871.

Das aber leider von den eigenen Mitmenschen besetzt und handlungsunfähig gehalten wird, für einen kleinen Judas- Lohn zum Wohle des Feindes aller Deutschen. Hochverrat, Kollaboration, Plünderungen, Terrorismus usw.... seit Jahrtausenden steht darauf immer noch die gleiche Strafe, daran hat sich nie etwas geändert.

Deshalb sind die Friedensverträge mit dem Deutschen Reich für den Rest der Welt auch so wichtig, nur über das Deutsche Reich und den Friedensvertrag kann der Rest der Welt wieder zurück ins souveräne Staatsrecht kommen.

Bis zum 25.12.2012 befanden sich alle UNO- Mitglieder nur im Seerecht / See- Handelsrecht ohne Hoheitsrechte auf dem Festland.

Dazu komm ich etwas später noch eingehender.

Durch die UNO befinden sich alle 193 UNO- Mitglieder seit ihrem Beitritt im Krieg.

Durch die Feindstaatenklausel gegen Deutschland und Japan.

Alle Mitgliedsländer werden nur noch militärisch verwaltet!

Alle Regierungen dieser Mitgliedsländer sind nur noch See- Handelsrechtliche Staatswesen ohne Hoheitsrechte auf dem Festland.

Alle ehemaligen Staats- Regierungen sind durch das Kriegsrecht eingefroren.

Polizei, Militär usw... alles sind nur noch private Söldner ohne rechtliche Befugnisse. Beamte sind keine Beamte mehr, jeder Verwaltungsakt ist kriminell, der Kapitän eines Hochsee- Schiffes auf hoher See und seine Offiziere verfügen außer auf ihrem Schiff und dem darunter liegendem Meeresgrund über keinerlei Rechte auf dem Festland.

Wenn die Bevölkerungen dieser Welt das einmal richtig begriffen und realisiert haben, dass sie für die Religionen, die Kirche, die Talmud- Juden, die Königlichen Blutlinien, den Adel, die Milliardäre, Illuminaten, Freimaurer usw... dieser Welt nur Mittel zum Zweck sind, um deren Wohlstand zu erhalten und zu mehren, dass auf das Volk (den Pöbel) nur herabgeblickt wird und diesem Gesindel jegliches Volkswohl scheissegal ist, dass alle nur vom Blut, Schweiß und der Arbeitskraft des Volkes leben, dann kann es Veränderungen geben. – Ein Teil des Deutschen Adels war zu Zeiten des Kaiserreichs schon bereit dazu.

Man muss sich nur einmal den angeblichen **AMTS- Eid** dieser Geschäftsführer, die sich hier als Kanzler / Kanzlerin betiteln richtig anhören.

Da heißt es **nicht**, dass sie ihre Bemühungen **zum Nutzen** des Deutschen Volkes mehren, **dort heißt es**, sie bemühen sich, **den Nutzen** des Deutschen Volkes zu mehren. Sie schwören öffentlich das Volk noch mehr auszupressen.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 8 von 41

Nun endlich zu den Rechtslagen.

02---Alliierte Rechte

Nun, wer bis hierher alles verfolgt und verstanden hat, weiß jetzt, es geht nicht um Staatsrechte, sondern nur um private Firmenrechte, immer die Rechte des stärkeren. Somit diktiert der Stärkere, in diesem Fall die Alliierten, durch die UNITET STATES INC., der BRD-Verwaltung den Willen des Vatikan und der Khasaren- Juden, die auch die Politik in den USA beherrschen.

Es geht ausschließlich nur um reines Vertragsrecht nach internationalen UCC.

Wurde irgendetwas vergessen, vertraglich zu regeln, werden eben die Geschäftsbedingungen zum Vertrag entsprechend geändert.

Denn, unter Aufsicht der Khasaren und des Vatikan werden kaum irgendwelche Regeln und Geschäftsbedingungen eingehalten, es sei denn, irgendeiner der führenden Akteure davon ist selbst betroffen, dann müssen Verträge selbstverständlich eingehalten werden.

Das einzige, worauf wirklich Wert gelegt wird ist, Rauben, Plündern, Terrorisieren usw... das ist alles völlig OK, Hauptsache sie geraten nicht selbst als Eigentümer der Firmen in die Haftung für Schäden und Schadensersatzansprüche.

Alles basiert nur auf Betrug, die Trickereien werden aber noch klar ersichtlich.

Deshalb macht es auch wenig Sinn, hier irgendwelche Besatzungsrechte aufzuzeigen und zu erklären, für die Deutschen Völker haben diese Rechte auch keinerlei aufregende oder wichtige Auswirkungen, da es sich nur um private Firmenrechte handelt.

Der Eine oder der Andere wird es zwar anders sehen, am Ende muss aber jeder zu der Erkenntnis kommen, dass all diese „Gesetze“ nur private Geschäftsbedingungen sind, die nur der eigenen Sicherheit gegen Schadensersatzansprüche dienen.

Kein Richter, kein Staatsanwalt, kein Rechtsanwalt, kein Notar oder ähnliches haben jemals eine Legitimation für die Ausübung ihrer Tätigkeit bekommen.

Das hat den Grund, dass es sich bei diesem „Deutschland“ um das Deutsche Reich von 1871 handelt und eine private Firma – UNITET STATES INC – keinerlei staatliche Rechte und Befugnisse verleihen kann bzw. darf.

Deshalb gibt es auch nicht einen einzigen Beamten auf deutschem Boden!

Mit ihren „Gesetzen“ – Geschäftsbedingungen – haben die „Alliierten“ = der Vatikan und die Khasarenjuden der Geschäftsführung ihrer Firma Bundesrepublik Deutschland auch die Plünderungen, die Bildung eines Schein- Staates usw... offiziell untersagt Auch im Grundgesetz wurde das so verankert.

Da aber die Plünderungen und die Vernichtung der Deutschen Völker die Grundlagen beider Weltkriege waren, hat man dann in-offiziell die nötigen Anweisungen gegeben, so zu verfahren, wie es geplant war.

Jede Art von Protesten / Strafanzeigen usw... wurden einfach ignoriert.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 9 von 41

Was der DEUTSCH nie begriffen hat, die BRD-Verwaltung täuscht zwar einen Staat vor, den angeblichen Rechtsnachfolger des angeblichen Staates 3. Reich, der auch nur eine private Firma im See- Handelsrecht war und das Reich von 1871 okkupiert hatte.

Dazu hat man dann ab 1949 den neuen Verwaltungs- Mitarbeitern Arbeitsverträge vorgelegt, die eine **Staatsbürgerschaft von 1937** ausweisen.

Wer diesen Arbeitsvertrag annimmt und freiwillig unterschreibt, um einen gut bezahlten Job zu bekommen, verzichtet freiwillig auf seine Staatsbürgerschaft des Deutschen Reiches von 1871 und begibt sich rein fiktiv auf das **Piratenschiff 3. Reich / BRD**, das auf hoher See vor Anker liegt.

Das Piratenschiff wurde 1955 nur umgetauft auf Bundesrepublik Deutschland.

Damit diese Piraten dann, die sich fortan nun als Beamte / Behörden- Mitarbeiter bezeichnen konnten, - **auf dem Hochsee- Schiff sind sie beamtet, - auf dem Festland aber nur Verbrecher**, - ihre Mitmenschen berauben und ausplündern können, wurde die Wohnhaft erfunden, - interessanter Weise datiert die **Wohnhaft** auf den **01.09.1939**, auf den Tag, als der 2. Weltkrieg mit dem Einmarsch in Polen begann.

Das kann jeder bei einer Voll- Auskunft – **Einwohner- Melde-AMT** – nachvollziehen. Den Deutschen wurde weisgemacht, sie müssen sich an- ummelden, wer es dennoch nicht macht, wird ganz einfach zwangsangemeldet.

Der Grund dafür ist, so werden alle Deutschen im Kriegsrecht des 3. Reiches gefangen gehalten, sie melden sich freiwillig im bestehenden Kriegsrecht der Firma 3. Reich an- und um und sind somit Passagiere auf dem fiktivem Hochsee- Schiff 3. Reich.

Und nun können sie von ihren Mitmenschen, die auf dem fiktiven Hochsee- Schiff beamtet sind, geplündert werden, weil sie den Geschäftsbedingungen (Gesetzen) an Bord des Schiffes unterworfen sind.

Und wer jetzt denkt, wir hatten auch gutes von den Alliierten, (Vatikan / Khasaren-Juden) der irrt ganz gewaltig.

Auch die absichtliche Bombardierung von zivilen Wohngebieten hat nicht den gewünschten Erfolg zur Vernichtung aller Deutschen gebracht.

Aber, 1871 wurden ja auch 3. Weltkriege dafür geplant. (Siehe Albert Pike)

Das „**Wirtschaftswunder**“ im **3. Reich** ist darauf zurückzuführen, dass auch Adolf Hitler die Bevölkerung über ihre Geburtsurkunden bereits als Aktien an die Weltbank verkauft hatte, dass brachte ihm das nötige Geld zum Aufbau des Landes und des Militärs.

Nun lag dieses – Deutschland – völlig zerbombt danieder, ein fast wertloses Land ohne nennenswerte Kollaterale.

Als Rechtsnachfolger des 3. Reiches hat die BRD dann gleich weiter gemacht mit dem Verschern der Geburtsurkunden.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 10 von 41

Das Kapital, das daraus gewonnen wurde ging zum Teil an den Vatikan und zum Teil als Reparationszahlungen für den aufgezwungenen Krieg, an die Kriegssieger.
Ein weiterer großer Teil wurde anfangs in den Wieder- Aufbau des Landes investiert.
Dadurch ist der Aktienwert der Aktie Mensch dann wieder enorm gestiegen, alle Werte auf dieser Welt gehören den Menschen, nicht irgendeiner Kirche, irgendeinem Diktator, nicht irgendeiner Regierung, das Volk ist der Staat, ohne Volk kein Staat.
Alles gehört ausschließlich nur dem Volk, das Volk erschafft die Werte.
Die Politiker, dass sind heute nur kriminelle Schmarotzer, nichts weiter.
Hierzu sollte man einmal die HJR 192 lesen, - (House of Joint Resolution)

Um hier effizient und gefahrlos plündern zu können, wurde der PERSONAL- Ausweis erfunden, wer keinen hat, wird vom kriminellen System boykottiert, der bekommt weder ein Konto, weder Wohnung noch den Unterhalt, der ihm zusteht.

Diese **Piratenbanden**, die sich hier als Beamte, Ämter und Behörden bezeichnen verstehen bei ihren Plünderungen keinen Spaß!

Durch den PERSONAL- Ausweis wurde dann jeder DEUTSCH – zu einer Firma.
Nach § 17 HGB beantragt jeder DEUTSCH mit seiner Unterschrift gleichzeitig einen Eintrag in das Schiffs- Register des Hochsee- Schiffes 3. Reich, als Firma.
Da eine Firma nur eine jur. PERSON ist, kann sie auch besteuert und nach Belieben verwaltet und gelenkt werden.
Eigentümer und Verwalter des Firmen- Namens ist das Hochsee- Schiff – 3. Reich / BRD, - das auf hoher See nach röm. kath. Kirchenrecht einen Staat bildet.

Das dieses Hochsee- Schiff 3. Reich schon zwischen 1938 und 1944 komplett in die Antarktis überführt wurde und dort seitdem einen völkerrechtlichen Staat, mit allen Land / Luft und Seerechten bildet, wird völlig ausgeblendet.
Es kann diese angebliche Rechtsnachfolge auf dem Piratenschiff 3. Reich gar nicht geben.

Das bedeutet jetzt nichts anderes als,

Deutsche, die gewaltsam an einem Regime festhalten wollen (**NAZI- Regime**) berauben und plündern ihre eigenen Mitmenschen zum eigenen Vorteil.

Bis zum 29.09.1990 haben diese **NAZI- Piratenbanden** ihre gesamte Beute an die private Verwaltung im Auftrag der Alliierten – der Bundesrepublik Deutschland – abgeliefert, die diese Beute dann als **Schenkungen** / Spende / Unterstützung durch ewige **NAZI- Deutsche** verbucht haben.

Wir haben es seit Jahrzehnten nur mit Verbrecherbanden zu tun.

Aber schau mal, was die Alliierten und das BVerfG. Dazu sagen.

Es wird aber noch krimineller mit diesen Piratenbanden.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 11 von 41

03--- Alliierte 1944 Eisenhower zum Beamtentum seit 1933.

Beamte sind seit 1933 keine Menschen.

Beamte sind **rechtlose** N S D A P – **Rechtsverbrecher**.

Das sagt gerade der Richtige, er hat zwar Recht aber er selbst ist einer der übelsten Verbrecher die diese Welt bevölkert haben.

04--- Alliierte 1946 SHAEF– Gesetz.

Beamte besitzen den Gelben Schein;

Beamte sind **Kriegsverbrecher** der **Kategorie I und II**.

Die SHAEF- Gesetze haben auch nur auf hoher See oder im Vatikanstaat Washington DC rechtswirksame Gültigkeit.

05--- 1952 BVerfG. 1 BvR 147 / 1952

Beamte sind mit **EstA**- Urkunde ausgezeichnete **Reichsbürger ohne Hoheitsrechte**.

06--- 1953 BVerfG

In Deutschland gibt es seit dem 08. Mai 1945 keine Beamten mehr!

Siehe **BVerfG** Aktenzeichen **1 BvR 147/52 vom 17.12.1953**

Alle Beamtenverhältnisse sind am 08.05.1945 erloschen.

07--- 1959 BVerfG.

Dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf **NICHT-Beamte** ist nach Urteil **BVerfG, 27.04.1959 - 2BvF2/58** verfassungswidrig.

08--- Generell- Alliierte

Eine **Bestallungsurkunde** kann ebenfalls niemand vorweisen, geschweige denn eine Tätigkeitsgenehmigung nach **Militärgesetz Nummer 2, Artikel V .9** der alliierten Militärregierung.

Hier erkennt man auch ganz klar die Täuschung,

05--- Beamte sind mit **EstA**- Urkunde ausgezeichnete **Reichsbürger ohne Hoheitsrechte**.

Das ist die Staatsangehörigkeit 1937 Adolf Hitler.

06--- In Deutschland gibt es seit dem 08. Mai 1945 keine Beamten mehr!

Siehe **BVerfG** Aktenzeichen **1 BvR 147/52 vom 17.12.1953**

Alle Beamtenverhältnisse sind am 08.05.1945 erloschen.

Und hier unter 06-- sind alle Beamtenverhältnisse 1945 erloschen.

Es geht um die Beamtenverhältnisse auf dem Hochsee- Schiff, im offenen Meer, wo die Beamtenverhältnisse erloschen sind, unter 05- geht es um die niemals existent gewesenen Beamtenverhältnisse auf dem Boden des Deutschen Reiches von 1871.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 12 von 41

Es wird immer gerne das Verwirrspiel gespielt, am 8. Mai 1945 hat das Piratenschiff 3. Reich die Flagge gestrichen und sich endgültig ergeben.

Dadurch sind am 8. Mai 1945 alle Beamtenverhältnisse auf dem Schiff erloschen.

Für Neulinge ohne viel Wissen und Erfahrung sieht sowas dann natürlich so aus, dass das 3. Reich doch ein völkerrechtlicher Staat gewesen ist.

Natürlich gibt es diesen völkerrechtlichen Staat, der wurde zwischen 1938 und 1944 in der Antarktis, in der Größe des gesamten Reiches von 1871 dort abgesteckt und errichtet.

Es gibt das **2. Deutsche Kaiserreich von 1871** hier auf deutschem Boden und es gibt das **3. Deutsche Reich Adolf Hitler** in der Antarktis, das aber auf keiner öffentlichen Weltkarte mit verzeichnet ist. - **Beides sind völkerrechtlich anerkannte Staaten!!!** -

Die Gründe dafür liegen klar auf der Hand!

Man könnte dem dummen DEUTSCH- Michel sonst ja keine immerwährende Schuld mehr einreden, auch würde selbst bei dem dümmsten die Frage aufkommen, warum wir denn besetzt sind und, welcher Staat sind wir denn nun tatsächlich.

Die Wahrheit wäre in dem Fall dann ganz schnell gefunden!

Auch würde die Frage aufkommen, warum denn nicht das 3. Reich in der Antarktis besetzt worden ist, - die Alliierten (Vatikan und Khasarenjuden) haben es ja 1947 versucht aber ganz schnell und ganz kräftig die Jacke voll bekommen.

In den 50er Jahren wurden dann sogar Atombomben dort gezündet um das 3. Reich auszulöschen, getarnt als Atom- Versuche, was dann aber schnell wieder eingestellt wurde, weil man sonst auf ihren Territorien Atomversuche gestartet hätte.

Zum Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland von 1949 – 1990.

09---BVerfGE: GZ.: 55 274 / 301

Deutschland ist besetzt,

Grundgesetz Art. 65 – 120 – 127 – 133 – 137 – 146.

Der deutsche Steuerzahler* zahlt an den Bund und der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten.

*Es gibt kein gültiges BRD - Steuergesetz in Deutschland: **BRD - OMF - BRDDR**, das sind alles **Schenkungssteuern**, an eine private Handelsfirma nach Handelsrecht!

Es gab niemals, auch während der Zeit – Weimarer Republik / 3. Reich Adolf Hitler und schon gar zur Zeit der Bundes- Republik Deutschland, einer Verwaltungsfirma eines fremden Staates, irgendein Recht auf Steuern.

Ein generelles Recht auf Steuern gibt es ohnehin nicht, das wird den Menschen von der Macht- Elite nur vorgegaukelt.

Ein Steuerrecht gibt es nur, wenn ein freies Volk einen Staat gründet, in dem das Volk der Staat ist und die politische Staatsführung an gewählte Angestellte des Staates übergeben. Diese vom Volk gewählten Angestellten bekommen dann eine vom Volk in freier Wahl

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 13 von 41

gewählte und genehmigte Verfassung als Arbeits- und Auftragsgrundlage für die Führung des Staates übergeben.

In dieser Verfassung müssen dann auch die Rechte auf Steuern genau definiert sein.

Hat irgendjemand die Bundesrepublik Deutschland 1949 in freien Wahlen als Staat gewählt???

Ging doch gar nicht, wir waren besetzt, nicht frei, die BRD war auch nur eine Verwaltung. Ebenso wurde kein deutscher gefragt, wer in den Bundesrat kommt, dass wurde einfach von den Alliierten so bestimmt.

Kein Deutscher hat jemals das Grundgesetz zu seiner Verfassung gewählt.

Wie auch, die Deutschen waren besetzt, nicht frei, das GG wurde ihnen diktiert.

Und Steuern bzw. ein Recht auf Steuern existierte im Grundgesetz nicht!!!

Dazu aber mehr beim Titel Grundgesetz.

Der Ursprung dieser Steuern ist interessant,

in der Frühzeit gab es keine Steuern, jeder hat alles behalten, was er erwirtschaftet hat. |

Es gab aber immer wieder Stämme, die ihre Nachbarn überfallen und beraubt haben, daraus hat sich dann ein lukratives Geschäftsmodell entwickelt.

Gute Kämpfer haben andere gute Kämpfer um sich gescharrt und dann Truppen gebildet, die so nach und nach zu kleinen bis hin zu großen Armeen wurden.

Diese Truppen haben dann den Bauern und Händlern ihren Schutz angeboten, sie vor plündernden Horden zu beschützen.

Da sie auch von etwas leben mussten, forderten sie für ihren Schutz, den **10 Teil** der Ernte oder des sonstigen Einkommens.

Nun haben nicht alle da mitgemacht, viele waren stark genug, sich selbst gegen Überfälle und Angriffe zu schützen.

So wie es damals lief, läuft es heute noch, da hat sich nie etwas geändert, es gab dann viele False Flag Aktionen, man verkleidete einen Teil seiner Kämpfer als Räuber und ließ sie die Höfe der stärkeren Bauernverbände überfallen.

Und schon gab es dann kurzfristig neue Geschäftsabschlüsse für den Schutzverband.

So kam es dann auch, dass es immer mehr neue Könige und Herzöge gab, z. B. die Bezeichnung Herzog kommt von – er **zog** vor der Armee **her**, der Anführer.

Dann kam später die Kirche ins Spiel und verkaufte ihre Adelstitel.

Irgendwann wurde dieser 10 Teil dann als Steuer bezeichnet.

Es gab aber schon Könige damals, das waren die, die ihre Herkunft von den sogenannten Göttern z. B. den Anunaki ableiteten, einer außerirdischen Hoch- Zivilisation.

Den 10. Teil gibt es heute noch, nur durch die Gier der Menschen, vornehmlich der Kirche und den Khasarenjuden ist der 10. Teil heute, nur noch das, was man den Menschen von dem Einkommen ihrer Arbeit lässt. – Alles ist endlos mit Steuern belegt. –

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 14 von 41

Ein weiterer Beweis für das Nicht- Vorhandensein von Steuern und Abgaben.

10--- BVerfG - Nichtige Verwaltungsakte:

Auf Grund der **fehlenden Staatlichkeit** verfügen die Behörden der BRD nicht über staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaftsrechte, denn **staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaften** werden von einem **Staat verliehen**.

Nur bei Vorliegen dieser staatlich-hoheitlichen Gebietskörperschaftsrechte dürfen Verwaltungsakte gegen den Bürger ausgelöst werden.

Zusätzlich ist in keinem Gesetz, auf welche sich die BRD-Behörden in ihren Schreiben beziehen, ein Geltungsbereich zu finden.

Ist kein Geltungsbereich vermerkt, kann nicht deklariert werden, wo das Gesetz gültig ist.

Somit ist das Gesetz nirgendwo gültig und kann nicht gegen den Bürger angewendet werden. (BVerfG 1 C 74/61 vom 28. 11. 1963)

Des Weiteren fehlt in den BRD-Gesetzenteile teilweise oder vollständig ein Hinweis auf die Grundrechte, welche durch den Verwaltungsakt eingeschränkt werden.

Diese Einschränkung der Grundrechte sind in Art. 19. Grundgesetz geregelt und müssen lt. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zwingend zitiert sein.

(Siehe BVerfGE 55, 100 bzw. 1BvR 668/04)

Was sind nichtige Verwaltungsakte:

Der Staat führt über seine Ämter und Behörden Verwaltungsakte gegen den Bürger aus.

Wenn es nun aber keinen Staat gibt, keine Ämter und Behörden, diese aber trotzdem Verwaltungsakte gegen Bürger ausüben, die ihnen weder unterstehen noch in sonst irgendeiner Form ihnen zugehörig sind, sind es nichtige Verwaltungsakte.

Nichtig = ungültig / wertlos / kriminell / nicht existent / versuch der Nötigung / Erpressung usw....

Verwaltungsakte sind z. B.

Steuerbescheide / Steuerforderungen / Bußgeldbescheide / Forderungen zur Rentenversicherung / Forderungen zur Krankenversicherung / Gerichtsurteile / Strafgerichte / GEZ-Forderungen / Haftbefehle / KFZ- Steuern / Fahrverbote / Erlass und Durchsetzung von Gesetzen / Grundsteuern / Eheschließungen / Ausstellung von Geburtsurkunden / Ausstellung von PERSONAL- Ausweisen und Pässen / Eintragungen in Grundbücher / Erhebung von Zwangsgeldern / **Ausgangsverbote** / Zwangsimpfungen / Beschlagnahmen / Zwangsversteigerungen / Pfändungen / Ausstellung einer Gewerbeerlaubnis / Gewerbeverbot / Anmeldung von Firmen / Registereintragungen / Verkäufe von Volkseigentum usw. usw. usw...

Eben alles, was von diesen Schein-Ämtern u. Behörden eingetragen und verwaltet wird.

Dazu gehören auch die Arge und das Job- Center.

Die Wahrheit über ihre kriminellen Machenschaften müssen sie veröffentlichen, dies wird aber nicht in den Medien gemacht, man veröffentlicht es dort, wo ohnehin niemand nachsieht, wartet ab, was passiert und macht dann, wenn es ruhig bleibt einfach weiter.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 15 von 41

**Bundesrecht bedeutet im Grunde genommen nur,
nach Bundesrecht hat der Bund kein Recht auf irgendein Recht.**

Im Grunde genommen bedeutet das jetzt,

bis 1982 haftet die Bundesrepublik Deutschland für alle Plünderungen, für jeden Raub, für jeden rechtswidrigen Gefängnisaufenthalt, der nicht durch die Alliierten angeordnet war.

– Bei Anordnung durch die Alliierten haften diese!!! -

Das Problem, die BRD von 1949 – 1990 kann niemand mehr haftbar machen, die existiert nicht mehr, wurde am **03.10.1990** aufgelöst.

Aber die Eigentümer der BRD, Israel mit seinen 98% Khasarenjuden und der Vatikan, können haftbar gemacht werden für alle Plünderungen und Straftaten.

Und natürlich **ab 1982** die deutschen Kollaborateure, die sich hier als Beamte und Behörden- Mitarbeiter ausgegeben haben, die haften für jeden geraubten Pfennig und Cent, bis zum heutigen Tag mit allem was sie besitzen.

Eine Verjährung besteht nicht, die Haftung geht bis mindestens in die 3. Generation.

Ab dem Tag der Haftungsklage, sowie diese möglich wird, 99 Jahre!!!

11--- BVerfGE zur Staatshaftung:

Das Staatshaftungsgesetz ist vom „Bundesverfassungsgericht“ 1982 für nichtig erklärt worden (Urteil des „Bundesverfassungsgerichtes“ vom **19. 10. 1982 (BVerfGE 61, 149)**).

Alle „Mitarbeiter“ der „BRD“ haften seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen.

Wo es keinen Staat gibt, kann auch kein Staat haften!!!

12--- 1983 BVerfGE - die BRD hat kein Staatsgebiet:

Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom **31. Juli 1973** mit dem

Az: 2 BvF 1/73 und Urteil BVG U 2 BVR 373/83 von 1987 und Deutscher Bundestag Auswärtiges/Antwort - **30.06.2015**. - **Die BRD hat keine Staatsgewalt:**

Staatsgewalt als wichtigstes Kriterium eines Staates ist die Fähigkeit, die Herrschaft im Staat selbst (unabhängig) zu organisieren und auszuüben (Rechtswörterbuch).

Außenminister Genscher hat am 03. Oktober 1990 im Auftrag der 5 Alliierten die Bundesrepublik Deutschland („BRD“) bei der UNO abgemeldet und an Stelle dessen Deutschland „Germany“ angemeldet.

Status von Deutschland/Germany seit Anmeldung durch Genscher bei der UNO: **gelistet als Nicht-Regierungsorganisation, englisch: NGO**. Eine NGO darf keine Gesetze erlassen und keine Steuer erheben.

Die BRD hatte noch nie, zu keiner Zeit so etwas wie eine Staatsgewalt, es war immer nur die Simulation eines Staates, die BRD ist seit dem 23 Mai 1949 als Nachfolger des 3.

Reiches durch die Alliierten besetzt und handlungsunfähig gestellt.

Die BRD verfügte weder über hoheitliche Rechte noch Befugnisse, sie durfte lediglich das deutsche Kaiserreich im Sinne der HLKO und dem GG. Verwalten

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 16 von 41

Das sind nun schon erheblich schwerwiegende Wahrheiten, es geht aber noch weiter, da wird dann auch klar, warum diese Urteile so ausgefallen und veröffentlicht wurden.

13--- 1983 BVerfG. 2 BvR 315 / 83 und BGH- Urteil

Es ist verboten den Menschen als Objekt / jur. Person zu behandeln.

Ein Urteil aus gutem Grund, völlig rechtswidrig haben die kriminellen BRD- Handlanger, die sich auf deutschem Boden als Beamte, Ämter und Behörden- Mitarbeiter ausgegeben haben, die Deutschen als jur. PERSONEN = tote Sachen behandelt.

Seit dem Kulturkampf zwischen Bismarck und der röm. kath. Kirche ab 1871 gibt es auf deutschem Boden, ganz speziell im Königreich Preußen keine jur. PERSONEN mehr.

Die röm. kath. Kirche hat allen Deutschen weltweit, die vollen Menschenrechte auf alle Ewigkeit zugesprochen.

Ebenso hat die röm. kath. Kirchen allen Deutschen Menschen weltweit die Rechte am Grund und Boden ihrer Staatsgebiete auf Ewigkeit zugesprochen.

Somit hatte und hat die röm. kath. Kirche **seit 1871** keinerlei Verfügungsgewalt mehr über die Menschen als auch die Gebiete der 26 deutschen Bundesstaaten.

14--- 1987 BVerfG. 77, 137:

Das deutsche Volk ist seit dem

16.04.1871-- Träger des Selbstbestimmungsrechts.

Der Bürgerliche Tod ist damit ausgeschlossen, das deutsche Volk steht vor dem Gesetz.

Staats-Simulationen wie die W. R., dass 3. Reich oder der Nachfolger des 3. Reiches, die BRD / BRiD / BRdV usw. konnten daran auch niemals etwas ändern, ein handelsrechtliches Staatswesen verfügt über keinerlei Staatshoheitliche Rechte und Befugnisse, Handelsrecht = privates Recht.

Die jur. PERSON, der PERSONAL- Ausweis, alles basiert auf

Täuschung im Rechtsverkehr § 123 BGB = Betrug § 263 StGB und ist rechtsungültig.

Es gibt auch keine staatenlosen Deutschen, alle Deutschen die ihre Abstammung bis vor 1913 nachweisen können, sind deutsche Staatsbürger des deutschen Reiches von 1871.

Auch die Konkordate (Staatsverträge) mit der Kath. Kirche (Kanonisches Recht) sind rechtsungültig, privatrechtliche, handelsrechtliche Staats-Simulationen können keine staatshoheitlichen Verträge im Namen des Volkes schließen.

Da die kath. Kirche bereits seit 1871 aus dem deutschen Reich verbannt ist, kann das Kanonische Recht keinerlei Anwendung finden.

Das deutsche Volk wird gewaltsam durch Verleumdung, Lügen, Betrug, Terrorismus und Gewaltanwendung von den NAZI- Schergen daran gehindert ihren Staat zu reorganisieren um ihre Rechte wahrzunehmen.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 17 von 41

Niemand muss sich für lebend erklären, sein Physisches Dasein erklärt dies von selbst.

Warum das private Tochter- Unternehmen **BVerfG**. der privaten Verwaltungsfirma BRD diese Wahrheiten „öffentlich“ stellen musste war längere Zeit nicht klar.

1983 und 1987 ahnte noch niemand, dass es zu einer längst geplanten „Wiedervereinigung“ kommen würde.

Auch wusste zu diesem Zeitpunkt niemand,

15--- 1985 - das Deutsche Reich von 1871 wurde reaktiviert.

Was aber die Bundesstaaten nicht miteingeschlossen hat.

16--- 1987 – Das Königreich Preußen wurde reaktiviert.

Erklärung der Alliierten,

jeder Deutsche der nach **1944** auf dem Boden des deutschen Reiches geboren wurde ist Reichsangehöriger.

Was natürlich völliger Unsinn ist, damit wollte man nur einmal mehr darauf hinweisen und allen einreden, dass das 3. Reich ein Staat war, der keine Anerkennung findet.

Tatsächlich hat einzig und allein nur die HLKO Rechtsgültigkeit.

Gemäß HLKO verfügt jeder Deutsche, der auf deutschem Boden geboren wurde über seine volle Souveränität als Mensch und Rechteinhaber an Grund und Boden.

Und das bereits ab dem Jahr 1871 bzw. in der HLKO um 1900 nochmals bestätigt.

Die Aussagen der Firma Amerika, ab 1944, sind unsinnig, die USA sind kein Völkerrechtssubjekt, lediglich eine faschistische Firma die Fremdgesteuert wird.

Bei solchen Angaben und Aussagen muss man immer im Kopf behalten, wer diese Aussagen macht, - es ist immer der Vatikan und die Talmud- Juden, die können sich nur durch Lügen, Betrug und Gewaltausübung über Wasser halten.

Niemand spricht davon, dass die Talmud- Juden dem 3. Reich zwischen 1933 und 35 3. Mal den totalen Wirtschaftskrieg erklärt haben, weil Hitler sich aus dem betrügerischen Geldsystem dieser Khasaren- Mafia herausgelöst hat.

Durch See- Blockaden konnten kaum noch Nahrungsmittel nach Deutschland gebracht werden, diese Mafia wollte 60 % der Deutschen einfach verhungern lassen.

Warum wurde der **1. Weltkrieg** verloren, obwohl das **Deutsche Kaiserreich** den Krieg bereits **1916** faktisch gewonnen hatte, weil die Deutschen Juden, das Reich hintergangen und verraten haben indem sie England, das als letzter kurz vor der Kapitulation stand, das Angebot machten, die Amerikaner durch Lügen und Betrug ins Boot zu holen.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 18 von 41

Der Preis dafür war das von England besetzte Palästina, welche das neue Israel werden sollte.

Oder nehmen wir die angeblichen 6 Millionen toten Juden, die von den Nazis umgebracht wurden, weshalb allen Deutschen eine immerwährende Schuld auferlegt wird.

Warum spricht niemand darüber, dass auch die Russen im Zuge ihrer Revolution ab 1918 ebenfalls **6. Millionen Juden** ermordet haben sollen, nicht einmal 20 Jahre davor.

1923 schrieben die Zeitungen in Amerika über diese 6 Millionen toten Juden.

Wo bleibt da die Immerwährende Schuld???

Ach ja, stimmt ja, die Russen können den Schlächtern für die Interessen des Vatikans und der Khasarenjuden die Stirn bieten, da traut sich niemand wirklich ran.

Das wären im Verlauf von nur ca. 20 – 25 Jahren **12 Millionen tote Juden**, so viele echte Juden gabes zu der Zeit gar nicht mehr.

Also, immer darauf achten, wer macht welche Aussagen.

Die Wiedervereinigung stand bevor.

1989 nahm die Inszenierung des Vatikans und der Khasarenjuden über ihre Marionetten in Russland, der DDR und der BRD ihren Anfang.

Nun wird klarer, warum die **Urteile 13 und 14** so erlassen worden sind und warum die **Aktivierungen 15 und 16** erfolgten.

Das Ganze war ein inszeniertes Schauspiel, alles sollte so aussehen, dass die Völker selbst es waren, die sich wiedervereinigt haben.

Tatsächlich aber mussten sich alle an das Völkerrecht halten, das eine Besatzung von max. 50 Jahren vorsieht bzw. staatsrechtlich erlaubt. – **Verträge sind einzuhalten.** –

17---Löschung des **Grundgesetzes** von 1949 bis 1990

Die Löschung des Grundgesetzes erfolgte am 17.07.1990 durch die Streichung des Artikel 23 Geltungsbereich mit Wirkung zum 29.09.1990.

Das Grundgesetz ist nicht mehr existent!!!

18--- 1990 - Die **Zusammenführung** der Deutschen Völker.

Am **17.07.1990** wurde der Geltungsbereich des Grundgesetzes **Art. 23** mit „Rechtskraft“ ab dem **29.09.1990** gelöscht.

Am 03.10.1990 wurde dann der **Mitgliedseintrag** bei der **UNO**, **Bundesrepublik Deutschland**, der eigentlich **BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND** geschrieben werden müsste, gelöscht. (Alle UNO- Mitglieder sind nur private Firmen) Dafür wurde dann Deutschland / Germany (DEUTSCHLAND / GERMANY) als neue Mitgliedsfirma (im Faschismus) eingetragen.

Natürlich ist dann auch die neugegründete Firma DEUTSCHLAND / GERMANY der **Feindstaatenklausel gegen Deutschland und Japan** beigetreten.

Das ist Pflicht für alle Mitglieder der UNO, die von den Khasarenjuden gegründet wurde.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 19 von 41

Die Bundesrepublik Deutschland wurde dann aufgelöst, das Besatzungskonstrukt BRD wurde von den Alliierten nach **45 Jahren Besatzung** (max. 50 Jahre möglich) beendet. Es wurde aber sofort wieder eine neue Firma mit der Bezeichnung Bundesrepublik Deutschland gegründet, die dann in die UNO- Nebenrolle als NGO eingetragen wurde.

NGO (engl.) = Not Gouvernement Organisation = **Nicht- Regierungs- Organisation**.
Eine private Firma / privater Verein wie Green Peace z. B.

Ebenfalls wurde der – Bund – bei der UNO als NGO eingetragen.

Beim Bund weiß man nicht so ganz genau, worum es sich dabei handelt, der **Bund**, der in der Weimarer Republik gegründet wurde?

Der **Bund**, -B'nai B'rith-, -der jüdische Hoch- Freimaurer- Orden? (Söhne des Bundes)

Der **Bund**, der nicht mehr existenten „Bundesländer“? (Wirtschaftsgebiete)

Nach Auskunft der UN ist der Bund ein privates Firmenkonsortium

(Zusammenschluss mehrerer privater Firmen unter einer Führung)

Nach Auskunft von D&B (UPIK) Duns & Bredstedt gehören unter anderem auch die Firma **Bundesrepublik Deutschland** und die Firma **Germany** dazu.

Als weitere Firmen dieses Konsortiums dürfen die Firmen, die sich als **Ministerien**, **BVerfG.**, **Deutscher Bundestag**, **Bundes- Gerichtshof**, **alle Politischen Parteien** und **wohl** auch die Firmen, die sich als **Landesregierungen** der Länder ausgeben, gezählt werden.

Alles bei der UN eingetragene, private Firmen, Eintrag unter der Rubrik NGOs = Nicht- Regierungs- Organisationen.

Unter der angegebenen Anschrift und Telefonnummer findet man dann den Bund für Umwelt und Naturschutz.

NGO Branch
United Nations Department of Economic and Social Affairs

Navigation: Home | Search Results | View Profile | General

BUND

Profile | Consultative Status | Meeting Participation

View General

Organization name: BUND

Headquarters address:
Address: Bundesgeschäftsstelle im Rheingarten 7
5300 Bonn 3
Germany

Phone: (49 228) 400 970
Fax: (49 228) 400 9740
Email: nobody@bun.org

Organization type: Non-governmental organization

Languages: English

NGO - NON-GOVERNMENTAL ORGANIZATION
NRO - NICHT-REGIERUNGS ORGANISATION

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 20 von 41

Was natürlich auch einen Sinn ergibt, wenn man das Spiel durchschaut hat.

Als Verwaltungseinheit BRD im Auftrag der Alliierten hatte die BRD zu keiner Zeit, irgendein Recht, irgendwelche Steuern zu verlangen.

Als eine eingetragene **Nicht- Regierungs- Organisation (NGO)** schon gar nicht mehr.

Aber Spenden an den Bund für Umwelt und Naturschutz, dürfen angenommen werden.

Hier einmal die Geschäftsstelle des Bundes in Berlin!

Die Anmeldung in Bonn musste erfolgen, weil Bonn die ehemalige „Hauptstadt“ der BRD war, erst nach dem Umzug auf das von den USA beanspruchte Territorium – Berlin, - wurde der „**Umwelt- Verein**“ – **Bund** – als Niederlassung in Berlin eingetragen.

The screenshot shows the profile of the 'Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.' (Friends of the Earth Germany) as an NGO Branch. The page is titled 'NGO Branch' and 'United Nations Department of Economic and Social Affairs'. The profile includes the following information:

- Organization's name:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
- Organization's name (English):** Friends of the Earth Germany
- Organization's acronym:** BUND
- Organization's acronym (English):** FoE Germany
- Headquarters address:** Bundesgeschäftsstelle, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Germany
- Phone:** 49 030 275 06 434
- Fax:** 49 030 275 06 440
- Email:** antje.vonbroock@bund.net
- Web site:** http://www.bund.net
- Organization type:** Non-governmental organization
- Languages:** English, German

At the bottom, it states 'Germany - Land nicht verfügbar'.

Hierher gehen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit alle **Steuerzahlungen**, die als **Schenkungen** bzw. **Spenden** verbucht werden. - **Die Geld- Waschmaschine!!** -

Schaut einmal nach, **ELSTER** Steuerprogramm unter **Lizenzbedingungen § 6 Absatz 2**.

https://www.elster.de/elfo_upd2_lizenz.php?who=20082009

§ 6 Haftung

(1) Die Haftung für die Verletzung von Amtspflichten (§ 839 BGB, Artikel 34 GG) wird durch diesen Vertrag und insbesondere § 6 nicht beschränkt.

Unbeschränkt haftet die Steuerverwaltung in den Fällen der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie nach dem **Produkthaftungsgesetz**.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 21 von 41

(2) Im Übrigen haftet die Steuerverwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften des Schenkungsrechts.

Deutschland, das Land, das nach UN- Angaben eine englischsprechende **NGO ohne Staatsgebiet und ohne Adresse** ist, lässt sich von seinen „Bürgern“, die es als Personal hält, die Steuergelder schenken.

Die Haftungsbeschränkungen beziehen sich auf BRD- „Gesetzesgrundlagen,“ die es nie gegeben hat. (Sie haften im vollen Umfang.)

Sofern so eine NGO irgendwelche Gelder vereinnahmt, muss die NGO auch einen gemeinnützigen Hintergrund haben.

Hier einmal Germany, ebenfalls eine NGO die auch hin und wieder zitiert wird.

The screenshot shows the 'NGO Branch' page of the United Nations Department of Economic and Social Affairs. The page is titled 'Germany' and has tabs for 'Profile', 'Consultative Status', and 'Meeting Participation'. The 'Profile' tab is active, showing the following information:

View General	
Organization name:	Germany
Headquarters address:	
Address:	Not Available Country Not Available
Organization type:	Non-governmental organization
Languages:	English

At the bottom of the profile section, there are buttons for 'Post' and 'Addresses'.

Einfach nur Germany, ohne Anschrift, ohne Staat und ohne Angaben zum Zweck dieser Organisation, einfach nur ein eingetragener Name.

Das sagt aber sehr viel aus, - nämlich, dass die BRD absolut gar nichts mit Germany zu tun haben kann, dort wird lediglich die Bezeichnung einer NGO benannt.

Der Grund dafür, zur **Täuschung** wird oftmals die Bezeichnung Germany verwendet.

Da sich die BRD- NGO aber nicht mit dem **Staat Germany = Deutsches Reich von 1871** identifizieren darf, wurde ganz einfach die Form einer NGO ohne Anschrift gewählt.

Das war auch der Grund, warum aus dem UNO- Eintrag vom **03.10.1990 Deutschland / Germany** später dann nur noch Deutschland wurde, das Germany musste gestrichen werden.

Die **Bundesrepublik Deutschland als Verwalter im Auftrag der Alliierten** existiert seit dem **03.10.1990** nicht mehr.

Das **Grundgesetz** wurde mit Wirkung vom **29.09.1990** gelöscht und existiert nicht mehr.

Die **Bundesländer = Wirtschaftsgebiete** existieren seit dem **29.09.1990** nicht mehr.

Der **Deutsche Bundestag** existiert seit dem **29.09.1990** nicht mehr!

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 22 von 41

Alle Ämter und Behörden existieren seit dem **29.09.1990** nicht mehr!

Alle Politiker sowie alle Mitarbeiter der ehemaligen Schein- Ämter u. Behörden waren ab dem **29.09.1990** arbeitslos.

Ab dem 03.10.1990 waren die ehemalige DDR und die ehemalige BRD wieder das Deutsche Kaiserreich von 1871.

Aber der Khasarenjude Henoeh Kohn wäre kein echter Talmud- Jude, wenn er das einfach so hinnehmen würde.

Auch der Vatikan und die Khasarenjuden, die die ganze Welt lenken, waren auf dem Höhepunkt ihrer Macht, ihre ertragreichste Melkkuh verlieren, das ging gar nicht.

Man musste das Völkerrecht einhalten, die offizielle Freilassung musste erfolgen, zu dieser Zeit waren in den USA die skrupellosesten Marionetten im Präsidentenamt.

Die Ära - Busch – Clinton – Obama hatte gerade angefangen.

Henoeh Kohn alias Helmut Kohl hatte schon gleich einen Tag nach der Streichung des Art. 23 Grundgesetz am 17.07.1990 alle ehemaligen Niederlassungen seiner privaten, kriminellen Firma anschreiben lassen und klargestellt, wer weiterhin das dumme Melk- Vieh, den deutschen Michel zum eigenen Vorteil schröpfen will, muss seine ehemalige Niederlassung der Firma BRD unverzüglich als selbstständiges Unternehmen, im US- Bundesstaat als GmbH im Konzernstatus anmelden.

Natürlich gabes sofort einen Run in Delaware, in kürzester Zeit wurden dort rd. 40.000 Firmen angemeldet und registriert.

Die **Gerichtsfirmen** dort waren aber vorbereitet, trotzdem musste wahrscheinlich im 3. Schichten System, rund um die Uhr gearbeitet werden.

Gerichts- Firmen deshalb, weil die Amerikaner wie alle anderen UNO- Mitglieder auch, ebenfalls nur von privaten Firmen bzw. vom Vatikan und den Khasarenjuden über ihre kriminellen Präsidenten- Marionetten regiert werden.

Ein weiterer aber deutlich kleinerer Run wurde dann nochmals zwischen **2007 und 2011** in Delaware gestartet.

Das war, als die **Städte und Gemeinden** sich aufgrund der **Bundes- Bereinigungsgesetze 2006 und 2007** ebenfalls in Delaware als selbstständige, private GmbHs im Status einer Aktiengesellschaft anmelden mussten.

Alle Rechtsgrundlagen, die sie ohnehin nie hatten, wurden ihnen völlig entzogen!!!

Die Gemeinden und kleineren Städte mussten sich zu Samtgemeinden zusammenschließen um die Mindestanzahl von **40.000** zahlenden Mitgliedern zu erreichen, die für den Konzern- Status nötig sind.

Mitglieder = Bürger / Menschen die ausgeraubt werden können.

So kamen dann nochmals rd. 7.000 neue, private Firmen dazu.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 23 von 41

Zum heutigen Zeitpunkt haben wir rd. 47.000 private, kriminelle Firmen auf dem Boden des Deutschen Reiches von 1871, die mit ihren kriminellen Mitarbeitern eine Regierungsbildung verhindern und das Reich weiterhin für den Vatikan und die Khasarenjuden besetzt halten.

Sie berauben und Plündern ihre Mitmenschen, dafür dürfen sie **48 % der Beute** als Anteil behalten, der dann je nach Rang unter ihnen aufgeteilt wird.

Da sie **52 % an den Bund als Schenkung / Spende** überweisen, haften sie natürlich für die gesamte Raubbeute in voller Höhe persönlich.

Besonders merkwürdig ist hier, seit dem **29.09.1990** sind alle Politiker der **BRD und der DDR** arbeitslos, seit dem **03.10.1990** ist die BRD aufgelöst und nicht mehr existent.

Seit dem 03.10.1990 ist dieses „Deutschland“ wieder das Deutsche Reich von 1871.

Und dann kommen einige von diesen **arbeitslosen Politikern** daher, allen voran der Talmudjude **Henoch Kohn alias Helmut Kohl** und gründen am **14.10.1990**, neue Bundesländer für das ehemalige Gebiet, das mit **DDR** bezeichnet wurde.

Was sagt die Konzern- Tochter mit der Bezeichnung Bundes- Verfassungsgericht denn dazu, gemäß Konzern- Statuten müssen sich alle an ihre Entscheidungen halten.

19--- Bindung an die Urteile des BVerfGE.

Gemäß § 31 Abs. 1 BVerfGG sind alle Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Behörden und Gerichte an die Entscheidungen des BVerfG gebunden.

20--- 1991 BVerfGE zur Wiedervereinigung:

Es gibt keine Wiedervereinigungen zwischen DDR und BRD

(Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom **24 April 1991- BvR 1341/90**)

Die BRD verfügt weder über ein **Staatsgebiet** noch über ein **Staats-Volk**.

Somit ist auch die Gründung der Bundesländer vom 14.10.1990 null und nichtig.

Die Bundesländer wurden rückwirkend zum 23.09.1990 aufgelöst.

21--- 1992 Sozialgericht Berlin

hat im Urteil einer Negationsklage vom 19.05.1992

(**Aktenzeichen S 56 Ar 239/92**) festgestellt, dass der so genannte Einigungsvertrag“ vom 31.08.1990 (BGBl.1990, Teil II, Seite 890) ungültig ist, da man nicht zu etwas beitreten kann, was bereits am 17.07.1990 aufgelöst worden ist). (Grundgesetz)

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 24 von 41

22--- BVerfGE zum Grundgesetz

In der BRD gibt es kein Geltungsbereich mehr (Wegfall Art. 23 „Geltungsbereich“ am 17.07.1990 bzw. rechtswidrig mit den „Europa-Artikel“ überschrieben) „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“

(BVerfGE 3, 288 (319f); 6, 309 (338, 363))

Damit ist bestätigt, dass es weder Bundesländer gibt, noch ein Recht dazu, solche zu gründen.

Landkreise gibt es im Übrigen auch nicht, das deutsche Staatsrecht kennt nur Kreise und Gemeinden, bei Landkreisen handelt es sich um NS- Recht, dass schon 1944/45 durch Kontrollratsgesetz strengstens verboten wurde, durch das Tillesen- Urteil 1947 wurde das gesamte NS- Recht auf deutschem Boden für ungültig und nichtig erklärt. Jeder Schein- Landrat der sich als Landrat eines Landkreises ausgibt, verstößt nicht nur gegen die Kontrollratsgesetze der Alliierten, er wendet auf deutschem Boden die verbotene und niemals rechtsgültig gewesene Nazi- Gesetzgebung an.

23--- Reaktivierung der Bundesstaaten Deutsches Reich.

1995 wurden nach Vollendung einer 50-jährigen Besatzungszeit nach Völkerrecht auch die verbliebenen 25 Bundesstaaten wieder reaktiviert.

Von den Alliierten wurde dann auch eine provisorische Reichsregierung eingesetzt, die aber niemals zu irgendeiner Tätigkeit gekommen ist.

Rechtsanwalt Ebel wurde zum neuen Reichskanzler gewählt.

Welchen Wert diese Reichsregierung hatte, (hat) darüber zu diskutieren ist nun wirklich verschwendete Zeit.

In der Marionetten Ära – Bush – Clinton – Obama

unter dem Vatikan und den Khasarenjuden kann absolut nichts Anständiges dabei rausgekommen sein.

Der Bundesrat 1948/49 mit der Bundesregierung lässt grüßen.

Man gut, dass auch die keine neue Regierung bilden durften und von der BRD und deren kriminellen Gehilfen unten gehalten wurden.

24--- 1999 Militärregierungsgesetz Nr. 53 (MRG Nr. 53)

hat bis heute Gültigkeit (siehe Urteil BGH 5 StR 97/99 - v. 21. April 1999 (LG Berlin))

Für besetzte Gebiete gelten im völkerrechtlichen Rahmen die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung (HLKO) mit Vorrang vor allen anderen Gesetzen in Deutschland.

Dieses Übereinkommen wurde durch Annahme des Bundestages mit Zustimmung des Bundesrates am 13. Januar 1994 in den Gesetzesstand erhoben.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 25 von 41

Laut geltender **Art. 46 der „HLKO“** – Landkriegsordnung: "

Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden".

Laut geltender **Art. 47 der "HLKO"** - Landkriegsordnung: "

Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt"

Mit dem zweiten Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht v. 23.11.2007

Bundesgesetzblatt, Seite 2614 haben sich die Besatzungsmächte mit **Art. 4 § 3** zu ihren Rechten und Pflichten bekannt.

Dies war notwendig, weil die Besatzungsmächte einschneidende Gesetzesänderungen durchgeführt haben.

Recht interessant das MRG 53 der „Alliierten“.

Damit wird nichts anderes zum Ausdruck gebracht, dass die Alliierten gegen jedes Recht, jedes Gesetz, gegen jeglichen Anstand, Moral, Ehre verstoßen.

Die Reaktivierung des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten war nichts weiter als ein schlechter Witz, Löschung des Grundgesetzes, „Beendigung der Besatzung“ usw.

Die USA eine verlogene Verbrecherbande vor dem Herrn.

Dadurch wurde nun vieles klarer,

1993 wurde in das gelöschte Grundgesetz der Artikel 16a eingefügt,

Flüchtlinge, Asyl, Migration, kurz danach ging der Krieg gegen Ex- Jugoslawien los, nichts anderes als ein Völkermord unter deutscher Beihilfe.

Dann kamen die Kriege gegen den Irak und Libyen, der **1. Irak- Krieg** wurde komplett aus den **Soli-**Steuereinnahmen für den Aufbau Ost finanziert.

Und von überall her strömten dann die „Flüchtlinge“ nach Deutschland.

Für die Welt sah alles so aus, als ob das endlich freigegebene Deutschland sich an Nato- Kriegsführungen beteiligt und aus humanitären Gründen die Flüchtlinge freiwillig aufnimmt und sie versorgt.

Wer sollte die Zeche dafür bezahlen, - die Deutschen selbst!

Wer trägt die tatsächliche Schuld an allem?

Diese, zu der Zeit noch rd. **40.000 privaten NS- Firmen** mit ihren **NS- Mitarbeitern**, die sich auf deutschem Boden als Ämter und Behörden ausgeben und das Reich besetzt halten um es zum eigenen Vorteil zu plündern.

Jeder einzelne dieser Kollaborateure wird sich eines Tages verantworten müssen.

Alle Mitarbeiter dieser Ämter- und Behörden haben in ihren Arbeitsverträgen freiwillig die Staatsbürgerschaft 1937 angenommen und sind dadurch zu National- Sozialisten geworden, die verbotenes NS- Recht anwenden.

Zum MRG Nr. 53 ist aber anzumerken:

Da auch die Alliierten ausschließlich nur im See- Handelsrecht agieren, sie sind ebenfalls nichts weiter als eine Piratenbande, gilt die Besatzung ausschließlich nur für jur.

PERSONEN, bzw. die Mitarbeiter des NS- Regimes mit ihrer Staatsbürgerschaft 1937.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 26 von 41

Für die deutsche Bevölkerung gilt:

1983 BVerfG. 2 BvR 315 / 83 und BGH- Urteil

Es ist verboten, Menschen als Personen zu behandeln.

sowie

1987 BVerfG. 77, 137: Das deutsche Volk ist seit dem

16.04.1871-- Träger des Selbstbestimmungsrechts.

25--- 2005 - Verlängerung der Besatzung um 50 Jahre.

Eine etwas merkwürdige Aktion von Aniola Kazmierczak **alias** Anjela Kazmierczak, **alias** Anjela Kahsner **alias** Angela Merkel.

Nun, - Aniola / Anjela / Angela hat da so einiges noch nicht mitbekommen, wenn man sich so einige Videos von ihr betrachtet, vor allem wie sie in der Israelischen Knesset in ihrer Muttersprache hebräische eine Rede hält, wundert nichts mehr.

Man achte nur einmal auf ihre Augen, dann weiß man, zu welcher Fraktion sie gehört.

Die Besatzung wurde nach Völkerrecht 1990 aufgehoben, nach genau 50 Jahren, 1995 wurden alle restlichen Bundesstaaten reaktiviert.

Verlängerung der Besatzung **2005** bedeutet nichts anderes als das Konrad Adenauer einer der Größten Kriegsverbrecher der BRD war, unter seiner Kanzlerschaft wurde

1955 Die Bundeswehr gegründet, die die neue Besatzungsarmee der BRD, für das Deutsche Reich darstellte.

Mit der Bundeswehr hat die BRD das Deutsche Reich von 1871, in **1955** erneut besetzt.

Nun ja, halt das Benehmen eines Reptils.

Was sich jeder immer vor Augen halten sollte,

nur juristische Personen werden gefangen genommen, es ist nur der mangelnden Intelligenz dieser willigen NS- Schergen zuzuschreiben, dass sie immer wieder auf Menschen, die geistlich sittliche Wesen sind, den Zugriff ausüben.

In diesem System ist Intelligenz nicht gefragt und nicht erwünscht, da werden nur funktionierende, geistige Krüppel, ohne Befähigung zum selbstständigen Denken gebraucht.

26--- Urteil des IGH / EGMR 08. Juni 2006 (Az.: EGMR 75529/01) (Sürmeli Urteil)

IGH = Internationaler Gerichtshof Den Haag.

EGMR = Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.

Unter anderem verkündete der IGH und der EGMR,

die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat,

die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsgebiet,

die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsvolk.

Tatsächlich ist die BRD nicht einmal mehr als Verwaltung im Auftrag der Alliierten existent, ein rein privates Unternehmen im Status einer Aktiengesellschaft.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 27 von 41

Von nun an ging es dann Schlag auf Schlag mit den Urteilen und Verboten.

Nicht das jetzt einer glaubt, dass man es gut mit den Deutschen meint, - Urteile von EU- Gerichten sind ebenso wertlos wie die von deutschen Gerichten.

Die **EU** wurde von **Rothschild** im Auftrag der Talmudjuden und des Vatikans als Verein, zur Vereinigung der See- Handelsrechtlichen Staatswesen in **Europa** gegründet.

Eine einfache, private Firma ohne Hoheitsgebiet, ebenso wie die privat gegründete **UNO**, die von **David Rockefeller** im Auftrag der Talmudjuden und des Vatikans, als Vereinigung von kriminellen, privaten Firmen gegründet wurde, die sich **weltweit** als Staaten ausgeben.

Die **EU- Mitglieder** sind gleichzeitig auch **UNO- Mitglieder**, nicht eines dieser **193 UNO- Mitgliedsstaaten** verfügt über irgendein Hoheitsrecht oder irgendwelche hoheitlichen Befugnisse auf dem von ihnen beanspruchten Festland.

Es sind alles nur Schein- Staaten, kriminelle Vereinigungen von „Politikern“, die ihre Rechte und Ansprüche durch Täuschung, Lügen, Betrug und Ausübung von Gewalt nur behaupten, sie haben diese ehemaligen Staaten einfach gewaltsam in Besitz genommen, okkupiert, alle „Staaten“ sind Okkupationen.

Es gibt überall nur geltendes Recht = Recht das gewaltsam durchgesetzt wird.

Staatliches Recht konnte ihnen auch die röm. kath. Kirche nicht verkaufen.

Siehe hierzu **Art. 153-Das See- Handelsrecht**. (In Arbeit, zur Hälfte fertig.)

Es muss also andere Gründe geben, warum **ab ca. 2005 so viele Wahrheiten** durch ihre Schein- Gerichte (private Firmen) in Form von Urteilen bekannt wurden.

Ob es mit den Prophezeiungen zu tun hat?

Mit dem Wechsel der Zeitalter (Kali Yuga) alle 26.000 Jahre? (2012)

Laufen die Kosmischen Verträge aus?

Hat die 3. Macht damit zu tun?

Vielleicht kommt hier auch alles auf einem Mal zusammen, wer weiß das schon?

Sicher ist auf jeden Fall, es gibt Dinge auf dieser Welt, von denen die meisten nicht einmal ansatzweise etwas erahnen.

27--- Das 1. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht im

Geschäftsbereich des Bundes- Justizministeriums vom **19. April 2006 - BGBl. I, S. 866**

wurde am 24 April 2006 mit Ausgabe des Bundesgesetzblattes Nr. 18 - 2006

bekanntgegeben worden und trat am **25 April 2006 in Kraft.**

Aufgehoben wurde das Bürgerliche Gesetzbuch, (**BGB**) das Strafgesetzbuch, (**StGB**) das Gerichts- Verfassungsgesetz, (**GVG**) die Zivil- Prozess- Ordnung, (**ZPO**) die Straf- Prozess- Ordnung, (**StPO**) Familiengerichtsbarkeit, (**FamFG**) und viele weitere Gesetze.

Ohne BGB und ZPO dürfen die NS- Besatzer nicht einmal mehr ein **Handelsrecht, privates Recht** und schon gar **kein öffentliches Recht** mehr anwenden.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 28 von 41

Gerade in der heutigen Zeit, wo es diese erfundene Pandemie mit den vielen Verboten und Bußgeldern bei den Verstößen gegen diese „Verbote“ gibt, sollte man doch einmal die private, selbsternannte **NS- Verwaltung** – Stadt / Gemeinde / Landkreis / Bundesland bzw. einen dieser **NS- Mitarbeiter** von diesen privaten, kriminellen Organisationen befragen, woher sie ohne **BGB** und **ZPO** ihre **Rechtsgrundlagen** beziehen. Vor allem, nach ihrem eigenen **Impressum** – Information über das Unternehmen – sind sie nichts weiter als Telemedien- Anbieter nach einem nicht einmal existenten Rundfunk – Staatsvertrag.

28--- Im Jahr 2007 folgte dann das 2. Bunde- Bereinigungsgesetz der Alliierten.

Mit dem 2. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht wurden am **23 November 2007 - BGBl. I, S. 2614 Nr. 59** wurden dann die Abgaben- Ordnung 1977, (**AO 77**) das Umsatzsteuergesetz, (**UstG**) das Einkommensteuergesetz, (**EStG**) die Finanzgerichts- Ordnung, (**FGO**) das Ordnungswidrigkeiten Gesetz, (**OWiG**) und viele weitere mit Rechtskraft vom **30 November 2007 aufgehoben und gelöscht.**

Wie hier schon in den Teilen 20 / 21 erklärt, sind es keine Steuern, die dem Arbeits- Vieh hier mit ausufernder Gewalt abgepresst werden, es sind **Schenkungen / Spenden** an die private Firma Bund.

Die **NS- Finanzämter** und ihre **NS- Mitarbeiter** wissen bestens Bescheid, das kann ich aufgrund etlicher Gespräche und sehr vielen Schriftverkehr bestätigen.

29--- 2007 Deutscher Bundestag Zwangsvollstreckung – 21.03.2007

Aufgrund der Bereinigungsgesetze 2006, erlassen durch die Alliierten.

BRD, Bundesgesetzblatt Teil I, Art. 56, (319-10)

Die Zwangsvollstreckung ist grundsätzlich unzulässig, weil das Gesetz über die Zwangsvollstreckung aufgehoben wurde (BGBl. 2006, Seite 875, Teil I, Nr. 18 vom 24.04.2006). Artikel 56 (310-10)

Aufhebung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung.

Die Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-10, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 7 Abs. 17 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149), wird aufgehoben.

BRD, **Deutscher Bundestag, Drucksache 16/4741 vom 21.03.2007**

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 35 – Drucksache 16/4741

Nach welcher Rechtsgrundlage vollstrecken diese angeblichen Ämter- und Behörden denn nun eigentlich???

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 29 von 41

Nach gar keiner Rechtsgrundlage!!!

Es gibt keine Rechtsgrundlage und es gab niemals irgendeine Rechtsgrundlage.

Egal ob Zoll, Finanzamt, Gericht, Staatsanwaltschaft, Stadt / Gemeinde usw., es sind alles nur rein private GmbHs im Status einer Aktiengesellschaft.

Hinzu kommt, nicht ein einziges dieser Unternehmen ist in Deutschland angemeldet, es sind alles US- Unternehmen, die im US- Bundesstaat Delaware angemeldet sind.

Und dort auch nur als sogenannte Briefkastenfirma.

Sie nutzen einfach nur das schon 1945 durch Kontrollratsgesetz der Alliierten, verbotene **NS- Recht**, das es nie gegeben hat.

Deshalb müssen die Mitarbeiter ja auch mit der Unterschrift auf ihrem Arbeitsvertrag die **NS- Staatsbürgerschaft von 1937** freiwillig annehmen.

Alle Mitarbeiter dieser Schein- Ämter und Behörden sind Söldner!!!

Die Bezahlung für ihre kriminellen Tätigkeiten erfolgt nach einer

Besoldungs- Tabelle.

Und Söldner tun nur das, wofür sie bezahlt werden, der Rest ist ihnen egal!!!

30--- Artikel 3 der Bundes- Bereinigungsgesetze 2007

Hiermit wurde auch das Selbstermächtigungsgesetz von 1933 Adolf Hitler aufgehoben, gelöscht und verboten.

Aufhebung des Gesetzes über **Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen** (103-1) Das Gesetz über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 103-1, veröffentlichten bereinigten Fassung **wird aufgehoben.**

Trotzdem hat diese private, vom Vatikan und den Khasarenjuden gegründete kriminelle Organisation BRD dann 2020 ein neues Selbstermächtigungsgesetz erlassen.

31--- 2007 Auflösung des Familiennamensrechtsgesetzes

(400-10) Der Artikel 7 des Familiennamensrechtsgesetzes vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2054) wird aufgehoben.

Der Name gehört nicht mehr dem „Staat“, der noch nie ein Staat war.

Somit ist der **PERSONAL- Ausweis eine Dokumentenfälschung**, da der Name nicht mehr dem Staat gehört, gibt es auf deutschem Boden auch die jur. PERSON nicht mehr.

32--- 2007 Auflösung des Seerechtsänderungsgesetzes

(4101-5) Die Artikel 4, 6 und 7 des Seerechtsänderungsgesetzes vom 21. Juni 1972 (BGBl. I S. 966, 1300, 1973 I S. 266), das durch Artikel 9 Abs. 1 des Gesetzes vom 25. Juli 1986 (BGBl. I S. 1120, 1987 I S. 2083) geändert worden ist, werden aufgehoben.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 30 von 41

Damit befindet sich die **Bundesrepublik Deutschland / der Bund** und wie diese **Verbrecher- Organisation** sich sonst noch bezeichnet, nicht einmal mehr im **Seerecht!**

Dadurch wird nun auch klar, warum die privaten Unternehmen, die sich auf deutschem Boden als **Bundesländer** ausgeben, nach 2007 selbst mit der **röm. kath. Kirche See- Handelsrechtliche Konkordate** abgeschlossen haben.
Konkordate, bei denen **Kardinal Woelki** den **Treue- Eid** auf das **3 Reich von 1933** leistet.
Die **Khasarische- Vatikanische Bundes- Mafia** darf nicht einmal mehr das **See- Handelsrecht** nutzen!!!
Hier wurden jetzt die **Khasarenjuden** als erstes benannt, der Grund dafür, wenn der Papst vor **Rockefeller** niederkniet und ihm die Hand küsst, sollte jedem klar werden, wie sich die **Machtverhältnisse** wirklich verteilen.

33--- 2007- Art. 56 Aufhebung des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (454-2) – **OWiG** -

Das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3574), wird aufgehoben.

Diesen Artikel will ich natürlich niemanden vorenthalten, das **erfolgreichste Betrugsmodell** nach dem gigantischen **Steuerbetrug**.

Alle Gesetzeslagen ab Punkt 27 – 33 wurden bis **rückwirkend 1956** aufgehoben und gelöscht.

Was natürlich bedeutet, nichts, rein gar nichts hatte **seit 1956** irgendeine Rechtskraft.

34--- 2008 BVerfG. Urteil 121, 266 – 3. Juli 2008.

Die Bundeseigene Firma, Bundes- Verfassungsgericht musste nun reagieren.
Das Volk und die Plünderer lieben es verarscht und für dumm verkauft zu werden.
Jetzt mit einem Mal ist dem BVerfG. aufgefallen,
dass das Wahlgesetz verfassungswidrig ist.
Ein Bundes-Verfassungsgericht das ein gelöscht Grundgesetz als Verfassung betrachtet.

Dann gibt es noch einen **Staatsschutz**,
der hat das Hochsee- Schiff zu schützen, sonst nichts.

Dann gibt es noch einen **Verfassungsschutz**, der ein gelöscht Grundgesetz beschützt,
das ausschließlich nur eine Verwaltungsvorschrift für die BRD war.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 31 von 41

35--- Urteil des BVerfGE vom 25.07.2012:

BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11) stellt fest, dass es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens 1956 in der BRD gab. Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch die normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig.

Denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, dass Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten.

Aus Unrecht wächst kein Recht – auch nicht, wenn es 70 Jahre vertuscht, versteckt oder sonst wie unbemerkt blieb.

- BRD als angeblicher Rechtsstaat schon seit 1956 erloschen
- Neues Wahlgesetz nichtig
- Altes Wahlgesetz nichtig
- Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen
- Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines gültigen
- Wahlgesetzes seit 1956 ohne Legitimation für eine Gesetzgebung

Hiermit wurden der Bundesrepublik Deutschland jegliche Rechte auf Steuern, Jurisdiktion, Gesetzgebungen usw. usw. völlig entzogen.

Dies erfolgte aber bereits schon mit den Bereinigungsgesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010, die von den Alliierten erlassen worden sind.

Und da kommt der nächste Trick.

Es wird immer munter weiter gewählt, die Bundesrepublik Deutschland kann man aber nicht mehr wählen, wen wählt man da denn eigentlich?

Der Bund der 16 Bundesstaaten wird gewählt.

Ab ca. 2010 haben die Bundesländer selbst Konkordate mit der röm. kath. Kirche abgeschlossen und sind zu See- Handelsrechtlichen Staatswesen geworden.

Die Bundesregierung handelt im Auftrag dieses Bundes, in Deutschland bzw. in der Bundesrepublik Deutschland.

Wer / was dieser Bund nun wirklich ist, steht in Frage.

Da Berlin immer noch beschlagnahmtes Gebiet der USA ist – juristisch also die USA, wurde der Bund mit der Anschrift **Bonn** registriert, der ehemaligen „Hauptstadt“ der Bundesrepublik Deutschland.

Egal wo man sucht, Telefonbuch / Internet / Google usw. unter der Anschrift des Bundes erhält man immer nur die Auskunft, dass es sich um den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. handelt.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 32 von 41

Das würde auch Sinn ergeben!

Der Bund für Umwelt und Naturschutz,

so wie es aussieht ist diese **NGO die Geld- Waschmaschine!!**

Für die NGO- Bund / NGO- Germany / NGO- Bundesrepublik Deutschland /
NGO- Deutschland usw....

(NGO= (engl.) Not Gouvernement Organisation = Nicht Regierungs- Organisation)

Da die **Steuerforderungen** (wie auch Spenden) ohnehin schon immer dem
Schenkungsrecht unterlagen müssen diese Zahlungen an eine gemeinnützige Organisation
gehen, einer privaten Stiftung, einer NGO.

Der Bund sitzt in Berlin auf sicherem, beschlagnahmten US- Gebiet.

Bundesregierung / Bundestag / Politiker usw. müssen sich um nichts sorgen machen, der
Bund ist lediglich an jeder einzelnen dieser NS- Plünderungs- Firmen /
Aktiengesellschaften und ihren kriminellen NS- Mitarbeitern, mit 52% Aktienanteil an der
Beute beteiligt.

Um nicht trotzdem in die Haftung genommen zu werden, immerhin handelt es sich um
kriminell „erwirtschaftetes Geld“, hat man zu einem weiteren Trick gegriffen.

Der Bund wurde mit Sitz in Bonn eingetragen,

Bonn war die frühere „Hauptstadt“ der BRD.

Sucht man nun den Bund unter der angegebenen Anschrift oder Telefonnummer, kommt
man sofort auf die **NGO, - Bund für Umwelt und Naturschutz.**

Dorthin wird von den Bundesländern die Beute als Schenkungen / Spenden überwiesen
und so verbucht.

Eine private Stiftung mit gemeinnützigem, humanitärem Hintergrund.

Die Stiftung darf dann 30% der Schenkungen und Spenden behalten, der Rest wird an eine
weitere Stiftung überwiesen, die dann ebenfalls 30% behalten darf und den Rest dann an
die nächste Stiftung überweist.

Das wird so lange gemacht, bis alles Geld verschwunden ist, (max. ca. 10 Stiftungen) nach
diesem Geschäftsmodell arbeiten auch diese gemeinnützigen Stiftungen, die Geld für
Kinder, Kranke, Tiere usw. sammeln.

Am Ende kommen von 1. Million € dann vielleicht 5 Cent für Umwelt und Naturschutz zur
Ausschüttung.

**Niemand haftet, das übernehmen ebenfalls diese kriminellen NS- Plünderer, die sich
hier als Mitarbeiter von Ämtern und Behörden ausgeben.**

Die stehen schon mit beiden Füßen unterm Galgen, nur die Schlinge muss noch
umgelegt werden.

Alles nur juristisch, alles nur Fiktion, wer hats erfunden?

Die röm. kath. Kirche, mit ihrem Haupt- Geschäftssitz in der Schweiz.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 33 von 41

36---OPPT- Act vom 25.12.2012

Mit dem OPPT- Act hat sich das UCC und auch alles andere sonst, bereits erledigt.

Alle See- Handelsrechtlichen Staatswesen wurden aufgelöst.

Die Hochsee- Schiffe mit ihren Flaggen sind alle gesunken.

Alles was nachgeblieben ist, sind **kriminelle Organisationen**, die keinerlei Rechte mehr ausüben dürfen, weder auf hoher See, schon gar nicht auf dem Festland.

Da selbst das UCC = See- Handelsrecht keinerlei Rechtsgültigkeit mehr hat, sind alle Verträge, die seit dem 25.12.2012 geschlossen worden sind, rechtsungültig.

Sie können jetzt auch nicht einfach nur zurückkehren in das staatliche Recht, durch ihren Beitritt zur UNO, die 1942 von den Khasarenjuden und dem Vatikan gegründet wurde, stehen alle Mitglieder der UNO im Krieg gegen Deutschland und Japan.

Alle UNO- Mitglieder werden militärisch verwaltet, die dortigen Regierungen sind alles nur private Marionetten- Regierungen des Vatikans und der Khasarenjuden.

Piraten, die sich als Politiker ausgeben, ohne staatliche Rechte und Befugnisse.

Eine Rückkehr in das Staatliche Recht ist nur durch Friedensverträge mit dem Deutschen Reich von 1871 möglich, da dieses das einzige wirkliche Völkerrechtssubjekt auf dieser Welt noch ist.

Bis zum Abschluss der Friedensverträge bleiben es kriminelle Organisationen ohne Rechte.

Auch die von Rothschild, für den Vatikan und die Khasarenjuden gegründete EU wurde bereits durch den OPPT- Act aufgelöst.

Die EU war ohnehin nur als ein Zusammenschluss von privaten Firmen im See- Handelsrecht gegründet und sollte nach der endgültigen Verschmelzung ein Mega- Konzern unter der Führung des Vatikans und der Khasarenjuden werden.

Alle Banken und Versicherungen wurden ebenfalls zwangsgepfändet und aufgelöst.

Ihr kriminelles Geldsystem wurde zu ihrem endgültigen Verhängnis, sie konnten keinen Nachweis über den Wert ihres Geldes, dass sie gegen Zinsen verleihen, erbringen.

Wenn physisches Geld, Münzen und Scheine benötigt wurden, wurden einfach die Druckpressen und Münzprägen eingeschaltet, man stellte dann Geld her, soviel wie man gerade benötigte.

Ansonsten wurden nur Zahlen auf den Monitoren der Computer und den sogenannten Konto- Auszügen verliehen.

Tauschmittel, Schuldscheine, Zahlungsversprechen, alles ohne wirklichen Wert.

Nichts war durch irgendeinen Wert hinterlegt, die Rückzahlungen der „Schulden und Zinsen“ aber erfolgte mit einem realen Wert.

Es waren zwar dieselben Scheine und Münzen, sie wurden aber erst durch harte Arbeit erworben und haben dadurch ihren Nennwert tatsächlich erhalten.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 34 von 41

Gigantische Betrügereien an der Menschheit, Geld das verliehen wurde entstammte den Kollateralen der Menschen, ihnen wurde ihr eigenes Geld über den Betrug durch die jur. PERSON für Zinsen geliehen.

Ebenso die Versicherungen, Niemand braucht eine Versicherung, alles ist über das Kollateral abgesichert.

Es ging und geht immer nur um Plünderungen zum Wohle der Gierigen.

37--- Romanus Pontifex vom 21 Juni 2011

Auflösung des römischen Rechts über Ritus Mandamus und Ritus Probatum.

Alle Cestui Que Vie- Trusts sind seit dem 15 August 2011 über den Ritus Probatum Regnum und Ritus Mandamus aufgelöst

Das bedeutet, es gibt keine jur. PERSONEN mehr, diese See- Handelsrechtlichen Staatswesen, die nur jur. PERSONEN verwalten konnten, haben nichts mehr zum Verwalten. – **Es gibt gar kein röm. kath. Recht mehr!!!** -

38--- Motu Proprio vom 11. Juli 2013

Aufhebung aller Immunitäten

Die Immunitäten von Politikern, Präsidenten, Kanzlern, Richtern, Staatsanwälten, Beamte usw.... wurden aufgehoben.

Es gibt keine Immunität mehr, das war ohnehin, wie alles andere auch, nur eine jur. Erfindung der röm. kath. Kirche zum eigenen Schutz und zum Schutz der ihr Angehörigen kriminellen Institutionen.

Es waren und sind alles nur Fiktionen, Einbildungen, Glaube, nichts existierendes, hinter einem See- Handelsrechtlichem Staatswesen befand sich auch immer nur eine Fiktion.

Die **jur. PERSON** existiert nur auf dem symbolischen **Hochsee- Schiff**, dort ist sie registriert.

Registriert als **Ware**, der **UCC**, das einzige Recht das diesen See- Handelsrechtlichen „Staaten“ zur Verfügung steht **hat nur auf hoher See Gültigkeit**, auf dem Festland ist es illegal. Deshalb sind alle Ämter und Behörden symbolische Hochsee- Schiffe, betritt man z. B. ein Gericht, betritt man das symbolische Hochsee- Schiff und unterwirft sich dem Kapitän als Richter.

Zu ihrem eigenen Schutz hat die röm. kath. Kirche dann auch die **Canons 2056 + 2057** erlassen, die Kirche war sich immer darüber im Klaren, dass sie kein

geistig sittliches Wesen versklaven darf.

Deshalb hat die Kirche den Betrug über die jur. PERSON und dem Menschen erfunden.

Nach Kirchenrecht ist der Mensch = das Biest = die Nachgeburt.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 35 von 41

39--- 2015 BVerfGE 1 BvR 1766/15 vom 03.11.2015

Die Rechtsfähigkeit juristischer Personen als auch der BRiD an sich:

Wenn man die Entscheidung des BvG korrekt interpretiert, **so sind die**

BRiD-Gerichte allesamt nicht grundrechtsfähig und somit auch nicht prozessfähig.

Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht ist nicht grundbuch-, recht-, geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- **oder** prozessfähig, **sondern ausnahmslos nur schuldfähig!**

Die Feststellung der jur. Person im Urteil des Bundesverfassungsgerichts in BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015 ist:

- Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Recht ist grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnimmt! und
- Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden.

Das bedeutet im Gesamtergebnis, nichts, rein gar nichts was von den

Rechtelosen NS- Beamten der BRD jemals erlassen, geurteilt, gefordert, angeordnet wurde, hatte jemals irgendeine Rechtskraft.

Hatte es aufgrund des Urteils von 1987, alle Deutschen sind seit 1871

Träger des Selbstbestimmungsrechtes

ohnehin nicht.

Die Rechtsträger / Reichsangehörigen Deutschen standen der BRD schon immer Ex- Territorial gegenüber.

Ein Urteil zum eigenen Schutz,

nichts weiter, auch die kriminellen Schein- Richter der Firma Bundes- Verfassungsgericht müssen sich und ihre Herren vor Schadensersatzansprüchen in Billionenhöhen, vor allem aber vor dem Galgen schützen.

Sie wollen immer wieder behaupten können, wir haben es euch doch mit unseren Urteilen gesagt, warum habt ihr nicht reagiert.

Nach diesem Urteil, ist reinweg alles, jede Gerichtsverhandlung, jedes Urteil, jeder Bußgeld- Bescheid, jede Steuerforderung, einfach restlos alles, was diese angeblichen Ämter und Behörden hier veranstalten null und nichtig!!!

Ganz besonders, diese Verordnungen zur COVID 19 Pandemie!!!

Es gibt absolut keine Rechtsgrundlage dafür, alle Grundlagen wurden aufgehoben und verboten, für null und nichtig erklärt.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 36 von 41

Wer sollte hier denn irgendetwas anordnen können???

Es sind alles nur jur. PERSONEN, die nur durch einen Namen auf einen Stück Papier existieren und auch schon durch die **Romanus Pontifex vom 21 Juni 2011** nicht einmal mehr existent sind.

Juristische PERSON = Fiktion = tote Sache = Stuhl / Tisch usw. das sind tote Sachen. Es dauert immer so seine 3 – 4 Jahre, bis die Firma BVerfG. auf sowas reagiert.

Es gibt bei den Mitarbeitern dieser kriminellen Institutionen nur 3 Kategorien.

1. – Hochgradig kriminell und skrupellos.
2. – Dumm wie Brot und nicht zum selbstständigen Denken befähigt.
3. – Egal- Typen, Hauptsache mir geht's gut.

Nach diesen Kriterien werden sie für ihre Aufgaben ausgewählt.

Ein Gymnasialabschluss, ein Studium usw. sind noch lange kein Nachweis für eine etwaige, vorhandene Intelligenz.

Das sind Leute, die lediglich ihren Lernstoff gut aufnehmen und abspeichern können.

Bei ihrem Lernstoff fängt die Verdummung durch Indoktrination aber schon an, ihnen wird nur beigebracht, was sie wissen sollen und wissen dürfen.

Die Schulungen machen dann den Rest, sie sollen nur noch im Sinne des Macht- Systems funktionieren wie Roboter!

Um das zu gewährleisten wurden auch diverse psychologische Tests entwickelt.

Man muss sich diesen Schwachsinn nur einmal realistisch durch den Kopf gehen lassen.

Eine jur. PERSON in seiner Funktion als Richter erlässt ein Urteil über eine jur. PERSON, die als Angeklagter / Schuldiger bezeichnet wird.

Also, eine tote Sache verurteilt eine andere tote Sache.

Um das dann auch durchzusetzen wird dann die tote Sache – POLIZIST – damit beauftragt, die verurteilte tote Sache zu verhaften.

Jetzt dürfte die tote Sache POLIZIST eigentlich nur die Geburtsurkunde der verurteilten toten Sache Verurteilter, verhaften.

Da die tote Sache – POLIZIST - aber zur **Kategorie 2** gehört, dumm wie Brot, rennt der POLIZIST gleich mit mehreren Kollegen los (alleine hat er Angst) schwer bewaffnet und **verhaftet das geistig sittliche Wesen**, das für ihn tatsächlich unantastbar ist.

Jetzt sind diese toten Sachen – POLIZISTEN – auf sich selbst stolz wie Bolle, sie haben gerade eine Verhaftung vollzogen.

Das sie gerade die schwerste Straftat ihres Lebens begangen haben, dass bemerkten sie in ihrer indoktrinierten Dummheit nicht.

Sie haben gegen alle Rechte und den freien Willen des geistig sittlichen Wesens verstoßen.

– Die Bedeutung ist ihnen heute noch nicht klar aber sie wird noch klar. –

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 37 von 41

Die meisten reden davon, dass wir es hier **mit NS- Recht** zu tun haben, das ist auch völlig richtig, merkwürdig daran ist jedoch, unter der Regierung des 3. Reiches und dem damaligen Beamtentum war das deutsche Volk glücklich und zufrieden.

Die heutige Situation sieht aber völlig anders aus, wir haben es ununterbrochen seit 1933 immer noch mit **NS- Recht** zu tun, nur wird dieses NS- Recht nicht für sondern gegen die Deutschen Völker angewendet.

Wir dürfen auch davon ausgehen, dass das NS- Recht stark verfälscht wurde.

Jeder Richter, jeder Staatsanwalt, Polizist, Beamte usw... hat mit seiner Einstellung freiwillig die Staatsangehörigkeit (Seerecht) des 3. Reiches von 1937 angenommen.

Sie arbeiten aber nicht für das deutsche Volk, sondern gegen das deutsche Volk, gegen Bezahlung für die Feinde der Deutschen Völker.

Sie berauben und plündern, foltern und terrorisieren ihre eigenen Landsleute um für die Feinde aller Deutschen, Profite aus ihnen herauszupressen.

Sie arbeiten, berauben, plündern und terrorisieren ihre Landsleute für den Vatikan, die Talmudjuden, die Illuminaten usw..., die Erbfeinde aller Deutschen, die schon den 1. Und 2. Weltkrieg zur Vernichtung aller Deutschen angezettelt haben.

Solche Kreaturen, als Menschen kann man diese nicht mehr bezeichnen, beschreibt man allgemein als den Abschaum vom Abschaum eines Volkes.

Jeder Polizist ein NS- Scherge für den Feind.

Jeder Richter ein NS- Richter für den Feind.

Jeder Staatsanwalt ein NS- Staatsanwalt für den Feind.

Jeder Beamte ein NS- Beamter für den Feind.

Jeder Mitarbeiter ein NS- Handlanger für den Feind, usw...

Militär – Polizei usw., es sind immer Söldner, in dem Moment wo sie gegen Bezahlung ihren Dienst antreten, geben sie auch freiwillig ihre Menschenrechte ab.

Deshalb heißt es auch **Sold**, Bezahlung nach **Besoldungstabelle**.

Ihr oberster Dienstherr ist nicht der Verteidigungsminister (Militär) oder der Innenminister (Polizei) sondern immer nur das Volk!!!

Das Volk ist der Staat, diese Minister- Kasper sind die Vertreter des Staates also, des Volkes.

Wer bezahlt denn alles??? – Woher kommt das Geld???

Nicht von so einem Kasper, der sich Minister nennt oder so einem Clown der sich Präsident nennt, das Geld für den Sold kommt immer vom Volk.

Ein Staat ist immer eine Volks- Gemeinschaft, die sich ihr Gebiet abgesteckt hat und dieses abgesteckte Gebiet als ihren Staat bezeichnet.

Die Politiker, Minister, Präsident, Kanzler, Monarch usw... sind immer nur Vertreter des Volkes, vom Volk gewählt und als Vertreter eingesetzt.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 38 von 41

Deshalb ist es auch völliger Unsinn, wenn Soldaten behaupten, sie haben für ihr Volk gekämpft, ein Angriffskrieg, den man gegen Bezahlung führt, ist nicht zum Wohle des Volkes, da geht es nur um Gier und Habsucht der kriminellen Macht- Eliten, die die Politik korrumpiert haben.

Für sein Vaterland kämpft man nur, wenn dieses angegriffen wird und man es ohne Geld dafür zu bekommen verteidigt.

Sowie Bezahlung im Spiel ist, hat man es mit bezahlten Söldnern zu tun.

So wie es um Angriffskriege geht, kämpft man für die Interessen der Gierigen, die die Staatsvertreter gekauft haben.

Mit etwas Nachdenken ganz einfach zu verstehen.

Wer aber die Agenda dieser Khasaren- Vatikanischen Verbrecher kennt, sie machen ja nicht einmal ein Geheimnis daraus, (z. B. **Georgia Guidstones**) weiß auch, dass diese Söldner, alle wie sie da sind, ihrer wohlverdienten, gerechten Strafe zugeführt werden. Es ist völlig egal, ob diese NS- Nachahmer irgendwann vom Volk gehängt werden oder nicht, ihr Ende kommt so oder so schon schnell, dafür sorgen sie seit langer Zeit schon selbst.

Das kriminelle Geschäftsmodell – Raub und Plünderung – läuft ungehindert weiter, private amerikanische Unternehmen lassen ihre **NS- Mitarbeiter** ungeniert rauben, plündern, vergewaltigen, terrorisieren usw.

Hier noch einige Gesetzesaufhebungen aus 2006.

Das 1. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht im

Geschäftsbereich des Bundes- Justizministeriums vom 19. April 2006 - BGBl. I, S. 866 wurde am 24 April 2006 mit Ausgabe des Bundesgesetzblattes Nr. 18 - 2006 bekanntgegeben worden und trat am 25 April 2006 in Kraft.

40--- Artikel 55 Aufhebung der Verordnung

über die **Vollstreckung landesrechtlicher Schuldtitel** (310-9)

Die Verordnung über die Vollstreckung landesrechtlicher Schuldtitel in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-9, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

Das sind übrigens zum Beispiel Steuerforderungen!!!

41--- Artikel 56 Aufhebung der Verordnung

Über Maßnahmen auf dem Gebiet der **Zwangsvollstreckung** (310-10)

Die Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung in der im Bundesgesetzblatt Teil III Gliederungsnummer 310-10, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Art. 7 Abs. 17 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149), wird aufgehoben.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 39 von 41

42--- Artikel 61 Auflösung des Gesetzes zur Änderung zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften (310-18)

Die Artikel 4 und 5 des Gesetzes zur Änderung zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften vom 1. Februar 1979 (BGBl. IS. 127) werden aufgehoben.

Hier ist die HLKO – Haager-Land- Kriegs- Ordnung hinzuzuziehen.

Artikel 46 [Schutz des Einzelnen und des Privateigentums].

Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Artikel 47 [Plünderungsverbot].

Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

Die HLKO sowie das Völkerrecht haben seit 1945 ohne Unterbrechung volle Gültigkeit.

Damit sind sämtliche Zwangsvollstreckungen verboten worden, jede Zwangsvollstreckung unterliegt der strafbaren Handlung.

Diese **Aufhebungen / Löschungen / Verbote** an die BRD GmbH / AG ergeben auch Sinn, da es sich grundsätzlich nur um **Schenkungen / Spenden** handelt, die nicht zwangsweise eingezogen werden dürfen. – **Schenkungen und Spenden unterliegen der Freiwilligkeit!!!**

Deshalb wurden alle **Gesetze und Verordnungen** auch bis **rückwirkend 1956** aufgehoben, gelöscht und verboten!!!

Ich erinnere immer wieder nur zu gerne an Konrad Adenauer.

Wir haben kein Mandat (**Auftrag**) des Deutschen Volkes, wir haben Mandat der Alliierten. Klarer und deutlicher geht es nicht mehr, die BRD hatte niemals etwas mit Deutschland zu tun, es war immer eine eingesetzte Fremdverwaltung der Alliierten, die niemals irgendein Recht zu Regierungstätigkeiten oder dem Erlass von Gesetzen hatte.

Deshalb hatte auch das Grundgesetz niemals eine Gültigkeit für die Deutschen Völker, das Grundgesetz wurde nicht für die Deutschen Völker erlassen, es wurde für die Bundesrepublik Deutschland = für die Verwaltung – BRD - erlassen!!!

Auch erinnere ich gerne immer wieder an den Beitritt der BRD / DDR

zur UNO und der Feindstaatenklausel gegen Deutschland und Japan 1973 schon!!

Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR können niemals Regierungen der Deutschen Völker gewesen sein oder im Auftrag (Mandat) der deutschen Völker gehandelt haben.

Die Besatzungsverlängerung im Jahr 2005 durch „Angela Merkel“,
um weitere 50 Jahre bis 2055 erklärt das Übrige.

Aufgrund der Gründung einer – Bundeswehr – unter Konrad Adenauer 1955 als neue Besatzungsarmee der BRD = Rechtsnachfolger des 3. Reiches für das Deutsche Reich von 1871.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 40 von 41

Dadurch wäre es ihnen **unmöglich** gewesen als Feindstaat der UNO beizutreten und sich selbst den Krieg zu erklären!

Alle UNO- Mitglieder haben Deutschland und Japan über die Feindstaatenklausel den Krieg erklärt.

Was für ein Staat könnte das noch sein, dem sämtliche Rechtsgrundlagen, Gesetze, Anwendung von Gesetzen, die Legitimation zu Regierungstätigkeiten, die Legitimation zu Gesetzgebungen völlig entzogen und verboten wurden???
Und jetzt überlegt doch einmal, wer / was euch in euren Rechten beschneidet.

Quellen:

Öffentliches Archiv – Bundes- Verfassungsgericht

Öffentliches Archiv – Deutscher Bundestag

Öffentliches Archiv – Bundes- Justizministerium

Firmenauskünfte, - UPIK / Hoppenstedt / Kompagnie usw.

Gesetze: - Buzer / Juris / Google usw.

Auf Wikipedia sollte man verzichten, vergleichbar mit der Bild Zeitung, der Bund ist dort Groß- Aktionär, von einer unvoreingenommenen Darstellung kann man nicht ausgehen.

Kanonisches Recht – öffentliche Archive der röm. kath. Kirche.

Bei den Gesetzen heißt es immer – Nicht Amtliche Gesetze -

Das bedeutet nur, dass kein Gesetz auf dieser Welt staatlich ist.

Nur ein Staat kann amtliche Gesetze herausgeben, auf dieser Welt gibt es nur noch einen einzigen Staat, der aber von kriminellen Kollaborateuren handlungsunfähig gehalten wird, das Deutsche Reich von 1871.

Alle 193 UNO – Mitgliedsstaaten sind privat, nicht staatlich!!!

Es sind private Staats-Simulationen nach dem röm. kath. See- Handelsrecht.

Durch den **OPPT- Act vom 25.12.2012**

Existieren die Staatswesen aber auch nicht mehr, - **Siehe Teil 33 + 34 –**

Durch diesen Act hat die Welt es grundsätzlich nur noch mit völlig rechtelosen kriminellen Organisationen zu tun!!!

Dem Deep- State ist dies egal, da hat sich ohnehin noch niemand an irgendwelche Rechte und Gesetze gehalten.

Die Trump- Administration will aber zurück in das staatliche Recht.

Rechtslagen der Staats- Vortäuschung: Teil 41 von 41

Grundsätzlich ist davon auszugehen, alle 193 UNO- Mitglieds- „Staaten“ haben ausschließlich nur auf hoher See, auf ihrem Hochsee- Schiff, das ihre Handelsflagge trägt, ihre Hoheitsrechte und Befugnisse.

Unter dem Britischen Admiral- Law = Admiralsrecht.

Auf dem Festland gibt es keine Rechte, (außer in den USA) dort wird die kriminelle Piraterie im Seerecht betrieben.

Alles Römisches Recht / röm. kath. Kirchenrecht.

In Deutschland ist die Kirche bereits seit allerspätstens 1900 ganz raus!

Bismarcks Kulturkampf mit der Kirche!

Im Deutschen Reich hat die röm. kath. Kirche auch keine Bodenrechte, der Grund und Boden des Deutschen Reiches gehört den Völkern der 26 Bundesstaaten auf Ewigkeit.

Deshalb hat auch das röm. kath. Kirchenrecht auf deutschem Boden keine Gültigkeit.

Deshalb wird uns schon in der Schule weisgemacht, das 3. Reich Adolf Hitler wäre ein Staat gewesen, das 3. Reich war auch nur ein Besatzer, ein See- Handelsrechtliches Staatswesen nach röm. kath. Seerecht.

Ein Gorilla läuft auch aufrecht wie ein Mensch, deshalb sagt man, der Gorilla wäre ein Menschenähnliches Wesen, trotzdem ist er nur ein Gorilla und kein Mensch.

Ebenso verhält es sich mit diesen Staatswesen.

Der Besatzer, die Haupt- Siegermacht der Alliierten, sind auch nicht die Amerikaner!

Amerika gehört den Engländern, - England gehört der röm. kath. Kirche, - die röm. kath. Kirche gehört den Templern, denen die Schweiz gehört.

Genaugenommen ist die angeblich neutrale Schweiz der Besatzer des Deutschen Reiches. Dort fängt die oberste Befehlskette an!!!

Als Faustregel sollte man sich hier merken,

am 31 Juli 1914 wurde im Deutschen Reich das Kriegsrecht ausgerufen.

Am 28 Oktober 1918 bestand der Waffensstillstand.

Bis zum heutigen Tag wurde kein Friedensvertrag geschlossen, was bedeutet, das Kriegsrecht hat immer noch volle Gültigkeit, - der Staat hat rechtlichen Bestand und ist bis zum Anschluss von Friedensverträgen eingefroren.

Alles ab 1919 war illegal und kriminell, rechtsungültig.

Keine Geburtsurkunde hat Gültigkeit, dadurch gibt es auch keine jur. PERSON oder irgendeine Firma, die mit der Geburtsurkunde gegründet werden konnte.

Ebenso haben alle Ausweise, reinweg alles, keine Rechtsgültigkeit.

Es gibt seit 1919 keine Standesämter mehr, die Geburtsurkunden und Eintragungen in die Geburtenbücher vornehmen könnten.

Hinzu kommt, das Kirchenrecht hat ohnehin keinerlei Gültigkeit.

2.2. Auflösung des römischen Rechts

Auflösung des Römischen Rechts: Seit dem 21. Juni 2011 ist die **Romanus Pontifex** offiziell aufgelöst, über Ritus Mandamus und Ritus Probatum; öffentlicher Eintrag Nummer 983210-331235-01004. Hiermit ist alle Recht-sprechung des Römischen Reiches auf der Erde null und nichtig. Alle Cestui Que Vie -Trusts sind seit dem 15. August 2011 über den Ritus Probatum Regnum und Ritus Mandamus aufgelöst. (Öffentlicher Eintrag des Doku-mentes Nummer 983210-341748-240014) Dies beinhaltet die Auflösung des Trusts und Amtes bekannt als **Aeterni Regis**, und als die „Ewige Krone“ oder „die Krone“ nebst all ihrer Ablegern, die Beendigung aller Sied-lungsurkunden (settlement certificates), Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, der Bonds und Ansprüche (claims) einschließlich der Autoritäten der Bank for International Settlements (BIS = Zentralbank der Zentralbanken) .

(...the dissolution of the trust and office known as Aeterni Regis, also known as the Eternal Crown or "The Crown" and all derivatives thereof and terminate all settlement certificates, birth certificates, death certificates, bonds and claims including termination of the authority of the Bank for International Settlements thus ending the system of debt slavery of the world. And full accounting, acknowledgment and surrender of all claims shall be provided within 42 days by the trustees and administrators...)

Motu Proprio vom 11. Juli 2013: Papst Franziskus hat am 11. Juli 2013 mit Wirkung zum 01. September 2013 ein Motu Proprio, das höchste legale Gesetzesinstrument auf Erden aus eigenem Beweggrund [motu proprio] herausgegeben und demzufolge die **Immunität** aller Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und „Regierungs-beamten“ **aufgehoben**. Durch dieses Motu Proprio des Papstes sind nunmehr Richter, Anwälte, Banker, Gesetz-geber, Strafverfolgung und alle öffentlichen Beamten und Bediensteten persönlich haftbar zu machen für ihre Beschlagnahme von Häusern, Autos, Geld und Anlagen der wahren Begünstigten, für Freiheitsberaubung, Betrug, Belästigung und die Umwandlung der Treuhandfonds der wahren Begünstigten.

Dieses, vom Papst ausgestellte Dokument ist historisch gesehen das signifikanteste und wichtigste Gesetz, das die Goldene Regel als oberste Gewalt anerkennt (...und deshalb in meinen AGB's steht):

Goldene Regel als höchstes Gesetz:

„Alle Menschen sind ausgestattet mit universellen Rechten und niemand steht zwischen ihnen und dem Schöpfer. Nichts steht über diesem Gesetz.“ Für uns Menschen ist dieses bis zu seiner Widerlegung das alleinig gültige Gesetz!